

Königsteiner Blätter

VI/1960 · Nr. 2

Postverlagsort Königstein/Ts.

Wissenschaftliche Beilage zu den „Mitteilungen für
die heimatvertriebenen Priester aus dem Osten“

Inhalt: J. János: Zur Problematik des Naturrechtes, S. 33 — F. Scholz: Hat der Mann das letzte Wort in der Ehe? (Forts.), S. 40 — Bericht: Die Pflege des kanonischen Rechts an der Prager Universität im 17. und 18. Jahrhundert (Dr. H. Slapnicka), S. 59 — Besprechungen: Chr. Dawson: Gestaltungskräfte der Weltgeschichte, S. 60 — M. Uhlirz: Die älteste Lebensbeschreibung des hl. Adalbert, S. 60 — Stifter-Jahrbuch VI, S. 61 — Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen, S. 61 — Die Vertriebenen in Westdeutschland, ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Politik und Geistesleben, S. 62 — A. Ernstberger: Johann Georg von Schill, 1736—1822, S. 64.

Zur Problematik des Naturrechtes

Dr. Josef János, Königstein

Die Menschen haben über recht und unrecht, gut und böse, sittlich und unsittlich immer nachgedacht und sie werden auch immer nachdenken, weil diese Fragen zutiefst unser Sein berühren und wir nun einmal (wenigstens seit dem Sündenfall) in einer Welt leben, wo gut und böse, recht und unrecht, sittlich und unsittlich zuhause sind. Die Frage gewinnt aber dann an Eindringlichkeit, wenn das Böse, das Unsittliche und das Ungerechte in der Welt weit über das „Durchschnittliche“ hinausgeht oder in der nahen Vergangenheit hinausgegangen ist. Was diesen Fragen dann die letzte Schärfe gibt, ist die Tatsache, daß sie sich auf etwas richten, das im strengsten Sinne das Existentielle im Menschen betrifft; es geht hier tatsächlich um die Existenz des Menschen schlechthin. Nicht zuerst um die physische Existenz, sondern um die Existenz des ganzen Menschen, was sehr viel mehr heißt, als das bloße physische Dasein. Daraus erklärt sich die Intensität, mit der in solchen verhängnisvollen Zeiten gefragt, behauptet und geleugnet wird. Daraus erklärt sich, außer wegen der sachlichen Schwierigkeiten, auch die Wirrnis sowohl der Fragen als auch, und besonders, der Antworten. Denken wir z. B. an das Problem des Heimatrechts¹.

¹ Vgl. Dr. Karl Braunstein, *Die Vertreibung im Lichte des Naturrechts*, Sonderdruck aus „Königsteiner Blätter“, Königstein/Ts, V, 1959, Nr. 2 u. 3.

1) DDr. Erik Wolf, Professor an der Universität Freiburg/Br., hat es unternommen, in seinem Buch *Das Problem der Naturrechtslehre. Versuch einer Orientierung*, 2. Aufl.², zuerst wohl die Fachkreise darüber zu orientieren, was alles über das Naturrecht gelehrt wurde und gelehrt wird. Es ist als eine Topik des Naturrechtsproblems gedacht (S. 161). Es geht dem Verfasser darum, eine Diskussionslage zu klären, und dies erfordert die Haltung eines Rundgesprächs; daher erscheint auch die bloße Nebenordnung der Frageweisen unvermeidlich (S. 161). An welchem Ort dieser Gesprächsordnung der Autor selbst sich befindet, beantwortet er mit dem Hinweis auf seine rechtstheologischen Arbeiten (S. 161).

Eine solche Orientierung ist zweifellos nicht nur berechtigt, sondern für Fachleute auch sehr nützlich. Das Problematische eines solchen Unternehmens kennt der Autor, und er betont es wiederholt. Viele werden schon den engen und strengen Rahmen, den sich der Verfasser geschaffen hat, als problematisch empfinden. Er stellt nämlich zweimal neun Thesen auf, in die er dann die Naturrechtslehren einreicht, um nicht zu sagen, hineingepreßt hat. In den ersten neun Thesen werden jene Lehren untergebracht, in denen der Naturrechtsgedanke vom Begriff der Natur abhängt, in den zweiten neun Thesen jene Lehren, in denen er vom Begriff des Rechts abhängt.

Dieser Aufbau bezeugt zwar eine gestaltende Kraft des Verfassers, wobei die „wechselseitigen Überschneidungen und Zusammenhänge“ hie und da mehr äußerlich als innerlich sind, besonders bei stark systematischen Denkern, wie z. B. bei Thomas v. Aquin und den Scholastikern. Ein Begriff dem Namen (Worte), ja der Formulierung nach, kann große aber doch nur äußere Ähnlichkeit aufweisen, inhaltlich jedoch verschieden sein, je nach dem Platz, den er im betreffenden System besitzt. In einem solchen Falle der „strengen“ Einteilung wird diese Systembedingtheit nicht gebührend beachtet, die Orientierung ist dann ungenau oder auch irreführend.

Trotz manches Problematischen wird man dem Verfasser dieser Orientierung ehrlichen Dank wissen. Dasselbe gilt von dem gewaltigen Literaturverzeichnis, obwohl dieses auch eine gewisse Auswahl verrät, die nicht jeden berechtigten Anspruch zu befriedigen vermag.

Das Werk schließt (im 3. Kapitel) mit 3 weiteren Thesen, die die „Ergebnisse einer synoptischen Konkordanz der Natur- und Rechtsbegriffe für die Naturrechtslehre“ zusammenfassen soll (S. 154 ff.). Die 3 Thesen heißen: 1.) der Naturrechtsbegriff ist mehrdeutig, 2.) die Funktion des Naturrechtsgedankens ist eindeutig, 3. die Naturrechtslehre folgt den Grundfragen des Seins.

Was die erste These betrifft, so scheint sie nicht nur eine rein tatsächliche, sondern eine grundsätzliche Mehrdeutigkeit des Naturrechtsbegriffs zu behaupten. Bereits in der Einleitung hieß es: „Niemand weiß etwas Gewisses von ihm (dem Naturrecht), aber jeder fühlt mit Gewißheit, daß es ist; . . . ein »problematisches« Empfinden von Nicht-zu-Fassendem, das jedem Versuch eindeutiger Bestimmung sich entzieht, jedem

² Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1959, S. 173, DM 14.—.

Willen zur Einordnung widersteht“ (S. 1). Und in der 1. These (des 3. Kapitels) heißt es: „die Relativität ihrer Geltung (der Naturrechtslehre) . . . gründet in der Sache selbst, in der reinen Dialektik und Paradoxie des geschichtlichen Imrechtseins, dessen Wesen — als »Gesollt-Sein« — meint: Entsprechung (der Gegensätze), aber nicht ihre Auflösung; Maßgabe (ihrer Forderungen), aber nicht ihre idologische Absolutierung (bzw. anarchische Negierung).“ (S. 155.)

Der Standpunkt des Verfassers scheint, was die Erkennbarkeit des Naturrechts (gemeint ist hier die philosophische oder „natürliche“ Erkennbarkeit) betrifft, so ziemlich klar offen zu liegen, auch ohne Zuhilfenahme seiner rechtstheologischen Arbeiten. Dieser Standpunkt fußt auf gewissen protestantisch-theologischen Prämissen, die sich auch auf philosophisches Gebiet erstrecken, besonders auf die Erkenntniskraft des gefallen Menschen. Oder ist jene „Dialektik“ und ihre Notwendigkeit in der Naturrechtslehre doch noch tiefer verwurzelt, nämlich in der „Dialektik“ des (ontologischen) Seins? Bekanntlich haben solche Gedanken heute sehr vielfältige Formen angenommen. Das Fachwort „Dialektik“ wächst langsam zu einem Plagegeist aus. Damit wird keineswegs geleugnet, daß „Dialektik“ auch einen berechtigten Sinn haben kann und daß man auch nach dem Wahrheitsgehalt von Dialektik fragen kann³.

Trotz dieser Mehrdeutigkeit des Naturrechtsbegriffs schreibt der Verfasser dem Naturrechtsgedanken eine eindeutige Funktion zu (2. These des 3. Kapitels, S. 155). „Die Aufgabe echter Naturrechtslehre ist nämlich (platonisch gesprochen) eine „wächterliche“, keine bloß technisch-praktische, aber auch keine spekulativ-theoretische“. „Der Naturrechtsgedanke intendiert im Grunde nur eine einzige Forderung, diese aber mit unbedingtem Ernst: es ist die Pflicht aller, die am Recht teilhaben, in dauernder Bereitschaft für das Recht »da« zu sein“ (S. 157).

Dieser Funktionsbegriff des Verfassers ist, wie aus Andeutungen ersichtlich, vielfach differenziert. Die undurchsichtige „Dialektik“ der These bleibt trotzdem bestehen: wie kann nämlich ein prinzipiell mehrdeutiger Begriff des Naturrechts trotzdem als Naturrechtsgedanke eine eindeutige Funktion ausüben. Natürlich wünscht sich der Mensch immer eine „bessere“ Rechtsordnung, ja eine „bessere Welt“ und ist darum immer kritisch dem Vorhandenen gegenüber eingestellt, ohne genau zu wissen, oder auch nachzudenken, was dieses „bessere“ eigentlich wäre. Das ist aber wohl nicht alles, was die Wissenschaft darüber aussagen kann. Das liegt aber auch dem Verfasser fern.

In der dritten These wird festgestellt: die Naturrechtslehre folgt den Grundfragen des Seins. Dabei unterscheidet der Verfasser „philosophisch exakt“ vier Fragestellungen: die ontologische, die ethische, die logische und die metaphysische.

Man sollte annehmen, daß die Lösung des Naturrechtsproblems erst nach der Beantwortung dieser Grundfragen erreicht werden kann und somit die ersten zwei

³ Vgl. H. Ogiermann, *Zur Frage nach dem Wahrheitsgehalt von Dialektik*, in Festschrift für Erich Przywara: Beständiger Aufbruch, 1959.

Thesen der eigentlichen Lösung vorgreifen, sie gewissermaßen „vorentscheiden“. Es wäre auch zu untersuchen, ob diese vier Grund-Fragestellungen „philosophisch-exakt“ seien in jener Weise, wie sie der Verfasser formuliert. Aber davon muß hier abgesehen werden; außerdem läßt auch der Verfasser absichtlich die Frage „nach der Vermischung, Überschneidung, Konkurrenz, besonders aber nach der Rangordnung dieser Grund-Frageweisen“ „offen“; offen, weil es „dem Sinn eines Orientierungs-Versuchs ungemäß sein würde“ (S. 160). Er will ja nur die Probleme und die aus ihnen folgenden Thesen, Argumente, Exempel und Topoi aufweisen. Es geschieht aber auch diesmal, daß die Art und Weise des Fragens, die Art der Problemsstellung die Antwort implicite schon in sich enthält. Die Aufstellung des Problems ist ja von entscheidender Bedeutung. Auf irrig oder falsch gestellte Fragen gibt es keine richtige Antwort, für unrichtig gesehene Probleme gibt es keine richtige Lösung. Dies gehört nun einmal zur Tragik des menschlichen Geistes und der menschlichen Geschichte. Sind wir dieser Tragik hilflos ausgeliefert?

2) Auf diese letzte Frage geben zwei Bücher von Josef Fuchs S.J., Professor der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom, eine wenn auch indirekte, weil nicht thematisch streng in dieser Weise behandelte Antwort. Thematisch werden in beiden Büchern andere Fragen untersucht; aber es erhärtet sich die übrigens längst erkannte Wahrheit, daß in den Grundfragen der menschlichen Existenz — und das Problem des Naturrechts gehört dazu, und dazu noch in vordringlichster Weise — eben alles mit allem zusammenhängt. Wer nach dem Naturrecht richtig fragt und eine richtige Antwort erhalten will, der bedarf fast der gesamten Philosophie; die Frage ist nur aus der Ontologie oder Metaphysik, aus der Erkenntnistheorie, Erkenntnistheorie und anderen Disziplinen zu lösen. Ein „metaphysisch höchst belasteter Standpunkt“ — würde ein Nicolai Hartmann und mit ihm sehr viele andere sagen. Aber wen befriedigt schon die selbsteigene „Lösung“ von Nicolai Hartmann, trotz seiner so feinen, scharfen Analysen und trefflichen phänomenologischen Beschreibungen? Josef Fuchs scheut mit Recht nicht vor dieser vermeintlichen metaphysischen „Belastung“ zurück. Nicht daß er um die Probleme nicht Bescheid wüßte; im Gegenteil, trotz des in mäßigen Grenzen gehaltenen wissenschaftlichen Apparates zeigt er sich auf Schritt und Tritt in hervorragender Weise mit dem vertraut, was von anderen behauptet oder bezweifelt und negiert wurde.

Dabei ist keine der beiden Veröffentlichungen ein ausgesprochener Traktat über das Naturrecht. Die erste hat zwar zum Titel *Lex naturae*, aber im Untertitel heißt es: *Zur Theologie des Naturrechts*⁴. Das Thema des zweiten Buches ist noch umgrenzter: *Situation und Entscheidung*; als Untertitel: *Grundfragen christlicher Situationsethik*⁵. Es kann nicht einmal versucht werden, in diesem Rahmen über den Inhalt der beiden Schriften ausführlicher zu berichten;

⁴ Patmos-Verlag, 1955, S. 189, DM 10.50.

⁵ Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M., 1952, 168 S., DM 3.80.

es muß schon auf das Studium der Bücher selbst verwiesen werden. Aber der auch nur einigermaßen Unterrichtete errät, daß in beiden Werken heute höchst aktuelle Fragen aufgeworfen und beantwortet werden.

Von den formalen Eigenschaften der beiden Veröffentlichungen des Verfassers sollen besonders die meisterhafte Klarheit und Präzision der Formulierungen (eine nicht besonders häufige Eigenschaft auf diesem Gebiet) hervorgehoben werden; ferner eine logisch bindende Aufteilung des Themas; eine Zusammenschau, die alle Anerkennung verdient. All dies verrät eine nicht gewöhnliche geistige Durchdringung des Materials.

*

Einige Bemerkungen zum Problem der „metaphysischen Natur“ des Menschen, die aber eher nur das „Vorfeld“ des Problems betreffen.

Zum Inhaltlichen des Naturrecht-Problems selbst läßt sich wohl kaum etwas sagen, das nicht schon irgendwann, irgendwo und von irgend jemandem gesagt worden wäre. Diese Tatsache wird von den weniger Eingeweihten meist mißdeutet. Sie haben den Eindruck, daß man sich endlos im Kreise drehe. Nichts wäre irriger, als ein solcher Eindruck. Die richtige Erklärung dieses in der Philosophie und Theologie so allgemeinen Phänomens ist die ontische Tiefe des Problems, eine schier unausschöpfliche Tiefe. Davon hat schon Sokrates gewußt, und dieses Wissen hat ihn zu dem paradox lautenden und meist mißverstandenen Ausspruch verleitet, der wörtlich vielleicht so lautete: ich weiß, daß ich nichts weiß; inhaltlich aber anders gemeint war: nur wer sehr viel weiß, weiß zugleich, wie viel er noch nicht weiß. Im Vergleich zu diesem Nicht-Wissen mag das Wissen fast als Nichts-Wissen erscheinen, eben wegen der unerschöpflichen Tiefen solcher Probleme, die sich dem Denker auftun. Übrigens würde es heute auch den „exakten“ Naturwissenschaftlern, trotz des unheimlichen technischen Fortschritts, nicht besonders schwer fallen, ein dem sokratischen ähnliches Bekenntnis abzulegen; wenn auch aus wesentlich anderen Gründen.

Die „Unausschöpflichkeit“ des Sittlichen ist ein Problem für sich, über das sich natürlich auch der Naturrechtler Gedanken machen muß. Ebenso über jenen „unbegrenzten Dynamismus“ der menschlichen Natur, der sich auch im sittlichen Handeln äußert, ja vorzugsweise hier. Darin mag man, wenn man will, eine gewisse Art von „Dialektik“ sehen, die aber nichts mit der hegelschen und ihren Derivaten gemein hat. Diese zwei genannten „Existentialien“ der menschlichen Natur sind heute auch auf katholischer Seite vielerorts stark in das Bewußtsein eingedrungen und bedeuten entschieden eine Bereicherung der philosophischen Sicht. In der Theologie sind sie, oft zwar verdeckt und im Hintergrunde, um nicht zu sagen, unterbewußt, immer vorhanden gewesen, besonders im Zusammenhang mit dem übernatürlichen Ziele des Menschen.

Der Angelpunkt jeder echten Lehre vom Naturrecht war und bleibt ein Zweifaches. Zuerst, daß es eine „metaphysische“ Natur gibt, die irgendwie stabil und unwandelbar in jeder geschichtlich vorhandenen oder denkbaren Ordnung ist und

die sich unverändert erhält in jenem Werde-Sein, das der Mensch nun einmal ist — und zwar als endliches Sein mit „metaphysischer“ Notwendigkeit; er bleibt ja trotz des beständigen Wandels eben Mensch. — Diese „doppelte“ Eigenschaft hat er mit allem Geschöpflichen gemeinsam. Da der erste Teil einer solchen These dem heutigen (meist irrigen) Zeitgeist zuwiderläuft, muß er immer wieder und immer tiefer erhärtet werden. Es ist über jeden Zweifel erhaben, daß es „metaphysische Naturen“ und „Wesenheiten“ geben muß, will man die Grundprinzipien des Seins und des Denkens nicht hoffnungslos aufgeben. Ebenfalls ist nicht zu bezweifeln, daß wir die Grundelemente der Lösung schon seit Aristoteles und Thomas irgendwie besitzen. Aber jene erwähnte „unbegrenzte Dynamismus“ läßt uns nicht stehenbleiben, am wenigsten wird er mit ewiger Wiederholung befriedigt, sondern verlangt nach immer größerer Vertiefung der einmal durch große Geister erworbenen Einsichten. Die einmal gewonnene Wahrheit ist zwar in einem richtig zu verstehenden Sinne „ewig“, trotzdem erlaubt, ja verlangt sie ein immer tieferes Eindringen in sie selbst, um diesen „unbegrenzten Dynamismus“ zu befriedigen. Wer meinte, an der Wahrheit $2 \times 2 = 4$ sei weiter nichts zu „vertiefen“, der hätte zwar recht, zugleich verriete er aber, daß er von der Natur der metaphysischen Erkenntnis eine höchst irrende Ansicht hat.

Eine zweite, von der vorangehenden verschiedene, obwohl von ihr nicht isolierbare Frage ist die nach der Erkennbarkeit dieser „metaphysischen“ Natur des Menschen. Auch hier steht der Zeitgeist auf weiten Strecken gegen uns. Von diesem Zeitgeist können wir nicht „abstrahieren“, wollen wir uns nicht in luftleeren Raum begeben. Die Philosophie ist ihrer Natur nach, — in noch größerem Maße als andere Wissenschaften — ein Zwiegespräch mit der Gegenwart und der Vergangenheit. Das kommt vom eigenartigen Objekt der Philosophie her. Die Geschichte der Philosophie ist folglich ein wesentlicher Bestandteil der Philosophie, also auch die Geschichte der Gegenwart. Jene „letzten Ursachen“ des Aristoteles und Thomas liegen viel zu tief, und gerade diese Geschichte der Philosophie beweist erst recht, wie tief sie liegen und wie „unausschöpflich“ sie sind. Jener „unbegrenzte Dynamismus“ der Menschenatur ist nicht eine isolierte Eigenschaft des Menschen, da die Unausschöpflichheit höchstwahrscheinlich wesentlich in der ontischen Eigenschaft des Seins begründet ist.

Es mag sicher von größter Bedeutung sein, wenn man feststellt, daß die Wesenssätze, mit denen die Ethik und so auch das Naturrecht zu tun hat, keine analytischen Urteile sind, sondern eben synthetische Urteile a priori (natürlich in wesentlich anderem Sinne, als Kant sie zu begründen versuchte). Ebenso wichtig mag auch die Feststellung sein, daß wir in einer transzendentalen Deduktion (andere sprechen von ebensolcher Reduktion) absolut gültige und wirklich metaphysische Erkenntnisse gewinnen können.

Aber, vielleicht als eine Art Klärung des Vorfeldes, es ist noch etwas anderes von ausschlaggebender Wichtigkeit: es ist die Feststellung, daß wir zur Erkenntnis des Menschen einen ganz eigenartigen und dabei privilegierten Zugang haben. Einen Zu-

gang, den wir zu keinem anderen, untermenschlichen oder übermenschlichen Seienden besitzen. Und daß gerade dieser privilegierte Zugang zum Menschen es uns erst ermöglicht, in die Tiefen des Ontischen, des „Seins“ oder des „Seienden“ erkenntnis-mäßig einzudringen. Anders ausgedrückt: erst jene eigenartige Erkenntnis, die wir vom Menschen (von der Person) haben können, eröffnet uns den Weg zur Metaphysik, zu einer wahren Ontologie, die auf die Gefahren, die aus der Analogie des Seins entstehen, aufmerksamer macht, als es sonst geschieht.

Der metaphysische Ort und Sitz der Sittlichkeit ist nun einmal die menschliche Person, die Sittlichkeit ist die Vervollkommenheit der Person. Das „Naturrecht“ in dem hier gemeinten Sinne ist etwas, das nur der Mensch (in der erfahrbaren Welt), eben weil als allein Vernunft und freien Willen besitzende Person, haben kann. Seine Beziehungen zu seiner menschlichen und nichtmenschlichen Umgebung und „Welt“, soweit sie das Sittliche betreffen, werden eben von dieser seiner Person-Natur bestimmt.

Es ist bekannt, daß unser Erkenntniszugang zu den verschiedenen Arten des Seienden verschieden ist. Die Unkenntnis oder Nichtbeachtung dieser Tatsache ist eine unversiegbare Quelle philosophischer Irrtümer. Tatsachen, Zusammenhänge, besonders aber Begriffe, die von einem bestimmten Seinsgebiet gelten mögen, werden entweder „verallgemeinert“, oder auf ein anderes Seinsgebiet übertragen, wo sie überhaupt nicht, oder nur im „analogischen“ Sinn gelten können (die Quelle der überwuchernden falschen Analogieschlüsse). Erschreckend ist in dieser Hinsicht die Philosophie des dialektischen Materialismus.

Unsere Erkenntnis der Person ist nun einmal ganz eigenartig und von jeder anderen Erkenntnis grundverschieden. Zugleich eine Erkenntnisart, die uns, wie oben gesagt, am tiefsten den Weg in das Geheimnis des Seins öffnet. Ja, es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß die Ontologie als Seinslehre im strengen Sinn, ihren Ausgang von der Stufe des Personseins nehmen muß, will sie das Sein in seiner Eigentlichkeit aufzeigen. Nur auf dieser Personstufe (wobei Person nicht mit dem erkenntnistheoretischen oder sonstwelchem Ich zu verwechseln ist) können die obersten Seinsstrukturen der Wirklichkeit klar unterschieden werden und zwar als in sich bestehend und nicht etwa als Kategorien des bloßen Denkens. Es kann ebenfalls die Behauptung aufgestellt werden, daß wir alle anderen Seinsweisen nur mit Hilfe der Analogie von der menschlichen Seinsweise aus verstehen können. Das steht nicht in Widerspruch mit der Tatsache, daß wir diese anderen, untermenschlichen Stufen nicht nur in ihrem Dasein, sondern auch in ihren vielen, wenn auch nicht allen, Eigenschaften auch unmittelbar und objektiv feststellen und erklären können.

Es braucht nicht wieder hervorgehoben zu werden, daß das Sittliche als solches nur auf der Personenstufe feststellbar, außerdem auch verstehbar (nicht nur erklärbar) ist.

Erst nach der Lösung dieses Erkenntnisproblems kann und muß man eine Ontologie der persönlichen Seinsweise versuchen. Nur diese eröffnet uns den

Weg zu jener „metaphysischen Natur“ des Menschen, die Jos. Fuchs sehr richtig als den Eckstein jedes Naturrechts und jeder Naturrechtstheorie bezeichnet.

Man sollte glauben, diese „Methodenfrage“ sei schon längst, seit Jahrhunderten, geklärt worden. Dies ist nicht der Fall, wenigstens geschah dies nicht mit der erforderlichen philosophischen Klarheit und Genauigkeit⁶. Vielerorts wird sie auch heute noch verworfen oder als unmöglich erklärt. Eine Folge davon ist auch jene Wirrnis in Naturrechtsfragen, die Prof. Erik Wolf in seinem oben erwähnten Werke aufzeigt und die die Geschichte der Naturrechtslehre bestätigt.

Hat der Mann das letzte Wort in der Ehe?

Ein Rückblick auf die Anpassung des Familienrechtes an das Gleichberechtigungsgebot des Bonner Grundgesetzes im Licht des natürlichen Leitungsrechtes des Mannes und der tatsächlichen Lage der betroffenen Familien

Franz Scholz, Fulda

(Fortsetzung)

Die Mehrheit des Bundestages hat also § 1354 BGB abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht hat dieser Tendenz folgend § 1628 neuer Fassung ebenfalls als verfassungswidrig erklärt. In beiden Fällen wurde das männliche Stichentscheidungsrecht und damit auch die männliche Leitungsgewalt im Namen der Grundgesetznorm, die Gleichberechtigung für beide Geschlechter verbürgt, abgelehnt. Danach kommt also bürgerlich rechtlich dem Manne weder in Ehe- noch in Familienfragen das letzte Wort zu. Angesichts dieser Entscheidungen stellen sich uns zwei Fragen:

- 1) In welchem Sinne tritt die Kirche für das männliche Entscheidungsrecht, und damit für eine „Ungleichheit“ der Gatten ein? (B)
- 2) Soll das recht verstandene natürliche, von der Offenbarung verbürgte Entscheidungsrecht des Mannes auch zur positivgesetzlichen Norm des BGB erhoben werden? (C)

B. Die christlich-naturrechtliche Lehre über das Gattenverhältnis

I. Die Gleichordnung der Geschlechter in der Leibesgemeinschaft

Das aus der Heiligen Schrift und den kirchlichen Lehräußerungen vertraute Bild vom Mann als dem Haupt der Familie gilt — wir wissen es — nicht für alle Bereiche gemeinsamen ehelichen Lebens. Innerhalb der ehelichen Leibesgemeinschaft obwal-

⁶ Wohl das weitaus Beste, was wir bis jetzt über diesen Problemkomplex besitzen, sind die zahlreichen Werke von August Brunner S.J., besonders seine *Erkenntnistheorie* (Verlag J. P. Bachem, Köln 1948) und *Der Stufenbau der Welt* (Kösel-Verlag, München und Kempten, 1950). Dies zweite Buch enthält feine und scharfe phänomenologisch-kritische Untersuchungen über die Struktur der Person, als Grundlegung einer spekulativen Ontologie der Person. Ebenfalls A. Brunner S.J., *La Personne Incarnée*, Paris 1947.

ten auf beiden Seiten gleiche Rechte und Pflichten. „Die Frau verfügt nicht über ihren Leib, sondern der Mann; ebenso aber verfügt auch der Mann nicht über seinen Leib, sondern die Frau. Entzieht euch einander nicht, außer mit gegenseitiger Einwilligung eine Zeit lang . . .“²⁹. Beide Teile sind in gleicher Weise zur ehelichen Treue verpflichtet. Das den Männern einseitig im Hinblick auf ihre Herzenshärte gemachte Zugeständnis, ihre Frau wegen „etwas Widerlichem“ zu entlassen³⁰ hat Christus der Herr widerrufen: „Im Anfang war es nicht so!“³¹ Die ursprüngliche, beide Geschlechter gleich berechtigende und verpflichtende Ordnung der Leibesgemeinschaft wird wiederhergestellt: „Ich aber sage euch, wer seine Frau entläßt . . . und eine andere heiratet, der bricht die Ehe. Und wer eine Entlassene heiratet, der bricht die Ehe“³².

Demgemäß besagt can 1111: „Beide Gatten besitzen hinsichtlich der dem Eheleben eigentümlichen Akte vom Anfang der Ehe an gleiches Recht und gleiche Pflicht.“ Klaus Mörsdorf interpretiert: „Mit der gültigen Verheiratung haben beide Gatten das gleiche Recht und die gleiche Pflicht hinsichtlich der dem ehelichen Leben eigenen Handlungen, d. h. der durch das jus in corpus umgrenzten, auf die Verwirklichung der Leibesgemeinschaft gerichteten Handlungen. Jeder Gatte hat das Recht, von dem anderen die Mitwirkung zum ehelichen Verkehr zu verlangen, sofern nicht besondere Umstände . . . dieses Verlangen nicht als statthaft erweisen. Dem Recht des einen entspricht die Pflicht des anderen“³³. Ehebruch ist für beide Teile Verbrechen³⁴. Der unschuldige Teil — ganz gleich ob Mann oder Frau — hat die Befugnis, die eheliche Gemeinschaft aufzuheben³⁵. Der Codex betont die Gleichheit der Rechte und Pflichten vom Beginn der Ehe an. Die Ehe in ihrem Dasein beruht auf der Ehe im Werden, d. h. auf dem formgerecht kundgegebenen Ehewillen der Partner. Auch bei der Bildung und Kundgabe des Ehewillens sind beide Teile absolut gleichberechtigt. Die Ehe gilt für die Kanonisten als ein sog. synallagmatischer Vertrag, bei dem beide Teile völlig gleichberechtigt sind und keinerlei rechtliche Bevorzugung eines Partners statthat. In den erwähnten Punkten obwaltet also eine volle Gleichheit, m. a. W. zwischen den in der Ehe vereinten Geschlechtspartnern obwaltet das Gesetz voller Solidarität.

Um die Leibesgemeinschaft als dem innersten Kern der Ehe legt sich gleichsam als schützende Hülle die Lebensgemeinschaft der Gatten (mit ihren Kindern). Im Bereiche der Lebensgemeinschaft ist eine Autorität unverzichtbar, weil keine Gemeinschaft als Ordnungseinheit mehrerer ohne ein die Einheit nach innen und außen verbürgendes Prinzip existieren kann. Die Leitungsgewalt in der Lebensgemeinschaft, d. h. der Ehe bzw. Familie als kleinster Gesellschaft steht — da eine demokratische Mehrheitsbildung in einer Zwei-Einheit unvollziehbar ist — von Natur aus dem Manne, sub-

²⁹ 1 Kor 7, 4.5.

³⁰ Deut 24, 1.

³¹ Mt. 19, 8.

³² Mt. 19, 9.

³³ Lehrbuch des Kirchenrechts II (München—Paderborn—Wien 1958) 256.

³⁴ can 2357, § 2.

³⁵ can 1129, § 1.

sidiär der Frau zu. Die weiteren Ausführungen beschränken sich im Sinne der Themenstellung auf den Bereich, innerhalb dessen es überhaupt eine männliche Leitungsgewalt gibt, nämlich auf die Lebensgemeinschaft. Diese erfordert nach katholischer Auffassung das männliche Entscheidungsrecht und damit auch — freilich in den erst aufzuweisenden Grenzen — auch das „letzte Wort des Mannes in Ehe und Familie“ ³⁶.

II. Lehre der Kirche über das Mann — Frauverhältnis in der ehelich-familiären Lebensgemeinschaft.

1. Die ungebrochene Glaubensüberzeugung der Kirche hat Papst Pius XI. in seiner Enzyklika »Casti connubii« in klarer Grundsatz- und Bildersprache umrissen: „Diese Unterordnung der Gattin unter den Gatten“, so sagt er, „leugnet und beseitigt nun aber nicht die Freiheit, die ihr auf Grund ihrer Menschenwürde und der hehren Aufgabe, die sie als Gattin, Mutter und Lebensgefährtin hat, mit vollem Recht zusteht. Sie verlangt auch nicht von ihr, allen möglichen Wünschen des Mannes zu willfahren, auch denen, die vielleicht unvernünftig sind oder der Frauenwürde nicht entsprechen. Sie ist endlich nicht so zu verstehen, als ob die Frau auf einer Stufe stehen sollte mit denen, die das Recht als Minderjährige bezeichnet und denen wegen mangelnder Reife und Lebenserfahrung die freie Ausübung ihrer Rechte nicht zusteht. Was sie aber verbietet, ist die Ungebundenheit und die übersteigerte Freiheit ohne Rücksicht auf das Wohl der Familie. Was sie verbietet ist, im Familienkörper das Herz vom Haupte zu trennen zu größtem Schaden, ja mit unmittelbarer Gefahr seines völligen Unterganges. Denn wenn der Mann das Haupt ist, dann ist die Frau das Herz, und wie jener das Vorrecht in der Leitung, so kann und soll diese den Vorrang der Liebe als ihr Eigen- und Sondergut in Anspruch nehmen“ ³⁷. „Wenn der Mann seine Pflicht nicht tut, so ist es sogar die Aufgabe der Frau, seinen Platz in der Familienleitung einzunehmen. Aber den Aufbau der Familie und ihr von Gott erlassenes und bekräftigtes Grundgesetz einfachhin umzukehren oder anzutasten ist nie und nirgends erlaubt“ ³⁸.

Pius XI. konnte sich auf die Lehre des Katechismus des Konzils von Trient ³⁹ stützen. Diese Lehre von der Hauptstellung des Mannes in der Ehe gründet sich auf eindeutige Schriftaussagen ⁴⁰.

Naturrechtlich zeigt sich: Der Mann hat nach Gottes Ordnung, die sich im Verlangen und in den Sonderfähigkeiten der Geschlechter ausdrückt, die äußere Leitungsgewalt in Ehe und Familie. Denn als Sozietät kann sie nicht ohne ein einheitliches

³⁶ „Pater familias qua naturale caput domesticae societatis a cunctis membris oboedientiam in iis, quae administrationem et disciplinam domus respiciunt, jure naturae exigere potest. Corollaria I. Uxor quoque, licet spectato solo conjugio jure aequalis marito, ei tamen in eis, quae domus regimen respiciunt, subdita est.“ Theodor Meyer, Institutiones juris naturalis II (Friburgi/Br. 1900) 124 s.

³⁷ Nr. 26—27.

³⁹ 2. Pars, no 31—32.

³⁸ Nr. 28.

⁴⁰ 1 Kor 11, 3.9; Eph. 5, 22—33; Kol 3, 18 und 1 Petr. 3, 1.6.7.

Handeln verbürgendes Organ bestehen. Für die praktische Lösung von Willenskonflikten muß eine Autorität verfügbar sein, die auf Grund größerer natürlicher Neigung und Veranlagung beim Manne liegt, da in einer Zwei-Einheit keine demokratische Mehrheitswillensbildung möglich ist. Dieses Einheitsprinzip leugnen, bedeutet daher nichts anderes, als die Ehe als eine Sozietät eigenen Rechtes auflösen und anderen, ehefremden Instanzen ausliefern. Wer zur Überwindung einfacher Willenskonflikte keine innereheliche Instanz anerkennen will, muß sie notwendig draußen suchen. Das wäre die Entwicklung „vom Patriarchat zum Notariat“⁴¹.

2. Die Reichweite der mit der männlichen Leitungsgewalt verbundenen Befugnisse haben die Theologen der Vergangenheit — manchmal im Banne unzulänglicher medizinisch-biologischer, psychologischer und soziologischer Erkenntnisse — überspannt; sie haben auch nicht immer klar genug den fundamentalen Unterschied zwischen prinzipieller und sozialer Autorität herausgearbeitet. Thomas von Aquin referiert im 4. Einwand zu Suppl. q 62 a 4 eine Auffassung, nach der die Lage des Mannes im Falle des Ehebruches günstiger sein sollte als die der Frau. Thomas selbst hatte von Aristoteles mehr als unzulängliche Vorstellungen über den Anteil der Frau beim Werden neuen Lebens und über ihre Bedeutung als Geschlechtspartnerin und Lebensgefährtin festgehalten⁴².

⁴¹ Gleichsam am Rande möchten diese Darlegungen auch das Verständnis für einen nicht ohne weiteres einsichtigen, aber in der Gleichberechtigungsdiskussion grundlegenden Gedanken erschließen, daß nämlich die Aufteilung in Haupt- und Herzfunktion eine naturgemäße Art *qualitativer Gleichberechtigung* darstellt. Denn „quantitative Stückgleichheit ist nur möglich zwischen Funktionen und Anlagen, die beiden in gleicher Weise zukommen. Ehe baut aber ihrem Wesen nach auf die Verschiedenheit der Geschlechter auf, so daß nur *Entsprechendes* miteinander verglichen und gegeneinander aufgewogen werden kann“.

Angesichts der Verschiedenheit der Geschlechter wäre es ein Nonsens, Gleichberechtigung im Sinne einer quantitativen Stückgleichheit aufzufassen, als ob Mann und Frau in allem gleich wären und daher ihnen in jeder Hinsicht das Gleiche als das Ihre (*justum*) beanspruchen könnten. Es gibt in der auf den Geschlechtsunterschieden aufgebauten Ehe neben quantitativ gleichen Anlagen und Funktionen auch geschlechtsspezifische, die nur im Sinne der qualitativen Gleichwertigkeit (bei aller inhaltlichen „Stückverschiedenheit“!) gegeneinander aufgewogen werden können. Wer die Unzulänglichkeit des rein quantitativen, mechanischen Stückdenkens überwunden hat, wird dann auch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr darin sehen, männliches Entscheidungsrecht und weiblichen, sittlich-personalen Gehorsam als gleichwertige, wenn auch inhaltlich verschiedene Aufbau-elemente der Familie anzusehen. Damit ist männliches Entscheidungsrecht mit der qualitativen Gleichberechtigung durchaus vereinbar.

⁴² Für Aristoteles ist der Mensch biologisch wesentlich Mann. Thomas zitiert den „Philosophen“: *Dicit . . . quod femina est mas occasionatus*. Der Aquinate mildert das Urteil, aber stimmt ihm doch teilweise zu: *Per respectum ad naturam particularem femina est aliquid deficiens et occasionatum; quia virtus activa quae est in semine maris, intendit producere sibi simile perfectum secundum masculinum sexus; sed quod femina generetur, hoc est propter virtutis activae debilitatem . . .* Nur im Hinblick auf ihre Gattungsnatur entspricht sie einer von der Natur intendierten Vollkommenheit. *Sed per comparisonem ad naturam universalem femina non est aliquid occasionatum, sed de intentione naturae ad opus generationis ordinata* (S. th. I, q 92, a 1 ad 1). Diese biologische Überbewertung des Männlichen als des Vollmenschlichen schlechthin wirkt sich für Thomas auch in sozialer Beziehung aus. Die Frau ist ihrem Wesen nach „Hilfe des Mannes“, aber *nicht* in jeder Hinsicht. Der Mann bedarf der Gemeinschaft mit der Frau nur zur Erfüllung des Gattungs-

Das nur von individuellen Rechtspositionen ausgehende BGB setzte die, die moderne Frau mit Recht aufreizende Minderbewertung fort.

Auch Dominicus Prümmer, OP.⁴³, Marzell Zalba, S.J.⁴⁴ und Thomas Jorio, S.J.⁴⁵ sprechen von dem dem Manne zustehenden Strafrecht gegenüber der Frau, ohne aber das subsidiäre Strafrecht in umgekehrter Richtung zu erwähnen. Zalba führt alle Rechte der Frau, auch das der Haushaltsführung auf den Mann zurück, als ob sie in ihrem ihr von der Natur angewiesenen, ureigensten Bereiche nur Delegierte und damit rechtlich Abhängige des Mannes wäre⁴⁶.

Schon Otto von Gierke wandte sich im Jahre 1889, d. h. zur Zeit der Beratungen über das BGB gegen eine atomisierende Betrachtung der Familienrechtes, d. h. gegen den Ausbau individueller Rechtspositionen, ohne Rücksicht auf das Gesamtwohl der Familie⁴⁷. Auch W. Bosch⁴⁸ nennt daher die Formulierung des § 1354 a. F.⁴⁹, in der nicht erwähnt ist, daß ihm diese Befugnis nur als Haupt der Familie, nicht als Individuum zukomme, „aufreizend“. Es scheint, daß der Pendel jetzt in der Gegenrichtung ausschlägt. Wir haben hier die Aufgabe, die sachgerechte Spannungsmittel zwischen diesen Extremen, wie sie im Kern der katholischen Glaubenslehre festgehalten worden ist, herauszuschälen. Pius XI. verdanken wir in »Casti connubii« die eingangs zitierten, scharf geschliffenen, abgewogenen Formulierungen, die für die Lösung unserer Frage wegweisend sind.

3. Die Kirche legt die Leitungsgewalt primär in die Hand des Mannes.

Die Kirche legt — ohne der Frau die qualitative Gleichberechtigung abzusprechen — die Leitungsgewalt in Ehe und Familie in die Hand des Mannes. Insofern darf man die Themenfrage: „Hat der Mann das letzte Wort in der Ehe?“ durchaus bejahend beantworten. Aber der zu leistende Gehorsam darf nur als ein der Würde der Frau und den Erfordernissen der Ehe gemäß gefordert werden. Denn wie für jeden Ge-

zweckes, der Zeugung, nicht jedoch zur Durchführung anderer Werke. Die Frau wird in der Ehe einseitig auf die Gattungsebene verwiesen: Sie wurde geschaffen in *adjutorium viri*, non quidem in *adjutorium alicuius alterius operis*, ut quidam dixerunt, cum ad quodlibet aliud opus convenientius iuvare possit vir per alium virum quam per mulierem, sed in *adjutorium generationis* (corp. art.).

Die Einengung der Frau auf die biologische Gattungsaufgabe zeitigt die Gefahr einer unwürdigen Sacheinschätzung der Frau, die eben für Zwecke da ist. So spricht Thomas bei der Darlegung der durch die Mäßigung zu zügelnden sinnlichen Freuden vom *usus necessariorum*, puta vel *feminae*, quae est necessaria ad conservationem speciei, vel cibus et potus, quae sunt necessaria ad conservationem individui (S. th. 2 II, q 141, a 3 corp. Weitere Belege zur Minderbewertung der Frau s. b. F. X. Arnold, Die Frau in der Kirche, Nürnberg 1949, 37—41, und bei Leclercq—David, Die Familie, Freiburg 1955, 304—306:).

⁴³ Manuale Theologiae Moralis II (Friburgi/Br. 1933) nr 592.

⁴⁴ Theologiae Moralis Summa II (Matritii 1957) no 25.

⁴⁵ Theologia Moralis II (Neapoli 1954) no 150.

⁴⁶ no 467.

⁴⁷ Vgl. Leclercq—David, Die Familie (Freiburg/Br. 1955) 302.

⁴⁸ Familienrechtsreform (Siegburg 1952) 56.

⁴⁹ „Dem Manne steht die Entscheidung in allen das eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu“.

horsam gilt auch hier: *Superiori rationabiliter imperanti oboediendum est*. Die sittlich verbindliche Kraft der Anordnung — und damit auch des Gehorsams selbst — hängen von der „rationabilitas“ ab. Unter welchen Voraussetzungen ist der männliche „Spruch“ nun „vernunftgemäß“? Mit diesen Voraussetzungen der sittlich verbindlichen, d. h. Gehorsamspflicht erzeugenden männlichen Entscheidung wollen sich die weiteren Ausführungen befassen.

Der vielschichtige Sachverhalt ist anlässlich der deutschen Familienrechtsreform umfangreich behandelt worden⁵⁰. Albert Ziegler⁵¹ hat auf katholischer Seite die Quersumme gezogen, den Kern des männlichen Entscheidungsrechtes, seine Eigenart und seine Bedingtheiten mit Sachkunde und Scharfsinn herausgearbeitet. Wir stützen uns im folgenden auf seine Ergebnisse.

III. Nähere Betrachtung des männlichen Leitungsrechtes.

1. Das männliche Entscheidungsrecht in Ehe und Familie ist ein Sozialrecht, keine dem Personenwohl dienende Individualbefugnis des Gatten.

a) Das männliche Entscheidungsrecht zielt nicht auf Unterordnung der Gattin unter den Mann als „Herrn“, vielmehr steht es ausschließlich im Dienste des Familienwohles, das an die Glieder bestimmte Gemeinwohlforderungen stellt, die notwendig eine Einschränkung der individuellen Ungebundenheit bedeuten. Die Frau, die sich gehorchend einfügt, dient nur der Familie, deren Gedeihen ihr persönliches Wohl besonders verbunden ist. Nur zum Besten der Familie gefällte Entscheidungen können sittlich verpflichten, und der befehlende Gatte ist durch das von ihm wahrgenommene Familienwohl persönlich ebenso gebunden, d. h. in seiner individuellen Freiheit, die er als Unverheirateter besessen hat, eingeengt wie die gehorchende Gattin. Das Familienwohl ist alleiniger Grund, aber auch die Grenze des Entscheidungsrechtes. „Er“ wird also nicht ihr „Herr“ sein. Beide Gatten treten gemeinsam in den ihnen aufgetragenen Dienst der Ehe bzw. Familie (beide Ausdrücke werden in Zukunft für einander genommen werden) und sind, ob entscheidend oder gehorchend, dem über ihnen beiden stehenden Familienwohl verpflichtet. Ehrechte sind also als Sozial-, nicht als Individualrechte zu verstehen. Der Gatte besitzt keine wesenhafte, die qualitative Gleichberechtigung zerstörende, sondern nur eine funktionale, die Entsprechungsgleichheit ermöglichende Leitungsgewalt. Leclercq versucht diesen

⁵⁰ Vgl. z. B. die Eingaben der deutschen Bischöfe, Anm. 3; die Stellungnahme der kath. Organisationen bei Albert Ziegler, *Das natürliche Entscheidungsrecht des Mannes in Ehe und Familie* (Heidelberg—Löwen 1958) 485; die Berichte der Herder-Korrespondenz (HK) 1950, 89—93; 1953, 264 ff.; 1954, 340—342; W. Bosch, *Familienrechtsreform* (Siegburg 1952) und andere Aufsätze (s. b. Ziegler a.a.O. 489); Ludwig Berg, *Zur Theologie der Familie* (Paderborn 1955); Josef Mandl, *Das hierarchische und solidarische Grundgesetz in Ehe und Familie in naturrechtlicher Sicht*, in: Hauser—Scholz, *Der Mensch unter Gottes Anruf und Ordnung* (Festschrift für Theodor Müncker, Düsseldorf 1958), 201—207.

⁵¹ Vgl. Anm. 50.

grundlegenden Sachverhalt durch Vergleich mit der Aufgabe des Verkehrspolizisten zu beleuchten:

„Diese funktionelle Überordnung ist etwas ganz anderes als eine Überlegenheit der Natur und ist sogar mit Geringwertigkeit unter anderen Gesichtspunkten vereinbar. Wenn ein Verkehrspolizist den Verkehr ordnet, so müssen sämtliche Wagen seinem Befehl gehorchen, selbst dann, wenn in einem von ihnen sein eigener Vorgesetzter oder der höchste Würdenträger des Staates säße. Trotzdem nimmt der Verkehrspolizist in der sozialen Hierarchie nur einen bescheidenen Platz ein. Die Überordnung des Gatten ist eine Überordnung dieser Art. Es steht nicht einfach der Mann als solcher über der Frau als solcher . . . Der Mann empfängt in der Ehe die Autorität, deren er (und die Familie) bedarf, um die Aufgabe zu erfüllen, die das gemeinsame eheliche und familiäre Leben ihm zuweist“⁵². Ähnlich stellt Th. Bovet⁵³ die Mannesfunktion in der Ehe dar: „Das Führersein ist somit die Bestimmung des Mannes, aber nicht seine höhere Würde, seine Aufgabe, aber nicht sein Vorrecht, sein Arbeitsplatz, aber nicht sein Königsthron. So ist auch der Bergführer kraft seiner Erfahrung dazu berufen, den Fremden zu führen, und dieser wird gut tun, sich ihm ‚unterzuordnen‘, um auf den Gipfel zu gelangen. Aber der Bergführer ist deswegen noch lange nicht der ‚Vorgesetzte‘ des Fremden, er ist im Gegenteil sogar sein ‚Angestellter‘. Ebenso wenig ist der Mann der Vorgesetzte der Frau, wenn sie sich auch freudig von ihm führen lassen mag, wie sich’s im Herrn gebührt.“ Der einheitliche Tenor liegt in der Betonung der sozialen Funktion des männlichen Führungsamtes. Die funktionale Verschiedenartigkeit verbindet sich dabei mit personaler Gleichheit an Rang, Würde und Verantwortung. Das männliche Entscheidungsrecht ist also eine soziale Befugnis, kein dem Individualwohl der Gatten dienendes Vorrecht. Es steht daher der qualitativen Gleichberechtigung auch nicht im Wege, sondern ermöglicht sie. Eine Handhabung der Entscheidungsbefugnis im Sinne eines individuellen Herrschaftsrechts ist daher als Mißbrauch zu betrachten.

b) Als soziale Autorität darf die männliche Entscheidungsbefugnis auch nicht im Sinne einer prinzipiellen Autorität mißverstanden werden. Die prinzipielle Autorität gründet, wie die elterliche Leitungsgewalt, in einem Abhängigkeitsverhältnis. Ihre Aufgabe liegt darin, den zu seinem personalen Selbst noch nicht erwachten Menschen in allen Lebensbereichen, bei allen erforderlichen Entscheidungen maßgeblich zu leiten und zu weisen, auch in den für die Herzensbildung so wichtigen Bezirken der Wahrheitsfragen und Gewissensentscheidungen. Soziale Autorität wendet sich dagegen an reife, voll eigenverantwortliche Personen, deren Gewissens-Selbststand niemals „aufgesogen“ werden kann und darf.

α) Dem Gatten eignet daher nur die Befugnis, eine Mündige auf das Gemeinwohl auszurichten, d. h. ihr Tun und Lassen zu koordinieren. Die männliche Befugnis, das

⁵² Leclercq—David, a.a.O., 300.

⁵³ Die Ehe, ihre Krise und Neuwerdung, Bern 1946, 113.

„letzte Wort in der Ehe“ zu sprechen, ist als Auswirkung rein sozialer Autorität nur im Sinne einer solchen Koordinationsgewalt annehmbar⁵⁴. Es setzt also eigenverantwortliche Persönlichkeiten voraus, die niemals von den Leitungsansprüchen der Sozietät „verschlungen“ werden dürfen.

β) Schon die Wortgestalt „Zusammenordnungsbefugnis“ deutet an, daß vorher relativ autonome Ordnungsgewalten bestehen müssen, die eine Koordination ermöglichen. Ehe bzw. Familie kennen nun zwei relativ autonome Ordnungsgewalten: Den Mann als den für die Außenordnung Verantwortlichen und die Frau als Trägerin der häuslichen Autorität im intimen Innenraum des Familienheims⁵⁵. Beide Leitungsgewalten sind gleich ursprünglich. Die weibliche läßt sich nicht aus der männlichen ableiten, sie ist eigenberechtigt, sui juris. Beide einander zugeordnete Eigenbereiche verlangen eine übergeordnete Leitungsgewalt, die die Teilbefugnisse dem übergreifenden Gesamtbereich einfügt. Das ist nach katholischer Auffassung die Aufgabe der stärker rechtlich orientierten „Außeninstanz“, d. h. des Gatten. Der zur Koordination Befugte muß die Frau jedoch als eigenständige Teilordnungsinstanz anerkennen und bei der Rechtsfindung berücksichtigen. Er kann und darf, um einen Autoritätsmißbrauch zu vermeiden, das Mitspracherecht der Frau — besonders in ihrem Eigenbereich — nicht übergehen. Das gilt nicht nur im Hinblick auf das engere Gattenverhältnis, sondern auch für Erziehungsfragen. Die Eltern sind zunächst gemeinsames Ursprungsprinzip ihrer Kinder. Diese „gehören“ beiden in gleicher Weise. Daher üben sie auch beide das natürliche Elternrecht in „voller Gleichwertigkeit“⁵⁶ aus. Das kanonische Recht verpflichtet Vater und Mutter ohne jeden Unterschied zur religiösen, sittlichen, körperlichen und bürgerlichen Erziehung ihrer Kinder⁵⁷. Soll ein Kind ungläubiger Eltern getauft werden, so genügt die Zustimmung eines Elternteiles, gleich welches⁵⁸, Vater und Mutter stehen also den Kindern unmittelbar und direkt in gleicher Weise als Autorität gegenüber. Nun erfordert die Erziehung aber Willenseinheit der Eltern, zudem sind alle Erziehungsprobleme auch Familienfragen. Ihre Lösung muß daher in einer das Wohl der Gesamtfamilie berücksichtigenden Art gefunden werden. Daher hat der Vater als die rechtlich stärker strukturierte Außeninstanz auch hier ein soziales Koordinationsrecht, das aber die eigenständige Erziehungsautorität der Mutter und damit auch ihr Mitspracherecht nach dem Grad ihrer Sachkenntnis nicht auslöscht, sondern voraussetzt. Die soziale Autorität darf sich also nicht die Rechte der prinzipiellen Leitungsgewalt anmaßen, die wesentlich mehr als Koordinationsgewalt besagt.

c) Aber auch bei Ausübung ihrer legitimen Koordinationsfunktion darf die gesellschaftliche Autorität nicht ohne weitere Rücksicht befehlen.

α) Ihr obliegt es, nur dann einen „Spruch“ zu fällen, d. h. positiv und formell Recht zu setzen, wenn das Familienwohl eine klare, formelle Entscheidung er-

⁵⁴ Ziegler, 282—286.

⁵⁵ Ziegler, 292.

⁵⁶ B. Häring, Art. Eltern, LThK 3, 833.

⁵⁷ can 1113.

⁵⁸ can 750, § 2, 1.

fordert, nicht aber, wenn der Mann nur seinen autoritären Gelüsten durch Befriedigung seines Reglementierungsdranges nachgehen will und wenn die Lösung nicht durch Sachnotwendigkeiten oder eine drängende Situation bereits von selbst vorgegeben ist.

β) Als Spielraum des männlichen Entscheidungsrechtes verbleiben also jene Fälle, in denen ein drängendes Ziel auf mehrere gleich vertretbare Weisen erreicht werden kann⁵⁹. Das männliche Entscheidungsrecht als Prinzip der ehelichen Willenseinheit zielt darauf, die hemmenden Willensunstimmigkeiten hinsichtlich der einzuschlagenden Wege zu überwinden und gemeinsames praktisches Vorgehen zu ermöglichen.

γ) In Wahrheits- und Gewissensfragen kann und darf dagegen — im Gegensatz zu der prinzipiellen Autorität — nicht mit Berufung auf die Sozialautorität entschieden werden. Denn sie verbürgt weder unfehlbare Wahrheitserkenntnis, noch kann sie die Glieder von Gewissensbindungen befreien. Sie ist eben ihrem Sinn und Wesen nach nur Instanz der praktischen Zusammenordnung. Anders ausgedrückt: Der Gatte besitzt in der Entscheidungsbefugnis wohl rechtliche aber keine sog. theoretische Autorität⁶⁰. Entscheidungsrecht ist daher „nur das Recht zur willensmäßigen Entscheidung zwischen zwei sittlich gleich tragbaren Möglichkeiten der Gestaltung des Zusammenlebens“⁶¹.

Wenn die Gattin die männliche Entscheidung gewissensmäßig nicht für tragbar hält, d. h. wenn nicht zwei in gleicher Weise religiös sittlich verantwortbare Lösungen zur Auswahl gegenüber stehen, dann ist sie auch nicht zum Gehorsam verpflichtet. Der Gatte, der ihn erzwingen will, d. h. der sich in Wahrheits- und Gewissensfragen als unfehlbare Autorität aufzuspielen versucht, macht sich des Entscheidungsmissbrauches schuldig, besitzt er doch seine Entscheidungsbefugnis nur in dem umrissenen Spielraum. Als Befehlender ist er zuerst in vieler Hinsicht selbst Gebundener und „Untertäniger“. Seine Gewalt erschöpft sich in der praktischen Koordinationsbefugnis. Er besitzt keine theoretische Autorität.

δ) Schließlich ist der Mann verpflichtet, das subsidiäre Entscheidungsrecht der Gattin zu achten.

Die Gattin besitzt ein subsidiäres Entscheidungsrecht, das in Anlehnung an die Terminologie des CJC als ordentliche, stellvertretende Gewalt bezeichnet werden kann⁶². Es handelt sich um eine „ordentliche“ Befugnis, weil sie einfach mit der Stellung der Gattin verbunden ist. Sie wird durch keine andere Instanz, weder durch den Mann, noch durch eine außereheliche Stelle (durch Delegation) verliehen, sie hängt einfach an der Stellung als Ehefrau. Diese Gewalt ist aber nur stellvertretend, denn sie ergänzt und vertritt die männliche Entscheidungsbefugnis, wenn der Mann als Inhaber der ordentlichen, eigenberechtigten Gewalt abwesend oder verhindert oder un-

⁵⁹ Ziegler, 296.

⁶⁰ Ziegler, 299.

⁶¹ HK 1953, 279.

⁶² Potestas ordinaria vicaria, im Sinne von can 197, §2.

fähig zur Familienleitung ist⁶³. „Wenn der Mann seine Pflicht nicht tut, ist es sogar Aufgabe der Frau, seinen Platz in der Eheleitung einzunehmen“⁶⁴.

Rückblickend zeigt sich: Dem Gatten eignet keine personale, sondern nur eine funktionale, die qualitative Gleichberechtigung der Frau ermöglichende Überordnung. Das männliche Entscheidungsrecht ist nur Auswirkung sozialer, nicht prinzipieller Leitungsgewalt, es erschöpft sich in der Koordinationsbefugnis und setzt die Anerkennung des der Frau zukommenden Rechtes, den „Innenraum“ zu ordnen, voraus. Aber auch bei Ausübung der Koordinationsfunktion, muß formeller Einsatz der Autorität vom Familienwohl erfordert sein. Das Recht erstreckt sich nur darauf, bei Willensunstimmigkeit eine von mehreren, sittlich vertretbaren Gestaltungsmöglichkeiten des familiären Lebens verpflichtend zu machen, während der sozialen Autorität in Wahrheits- und Gewissensfragen keine Entscheidungsbefugnis zusteht. Schließlich muß der Mann das der Frau von Natur aus zukommende subsidiäre Entscheidungsrecht achten.

2. Auch bei der legitimen Ausübung des formellen männlichen Entscheidungsrechts ist der Gatte an die Mitwirkung seiner Frau gebunden. Anteil und Art der Mitwirkungen zeigen sich, wenn man die inhaltlich-materielle Rechtsfindung von der formellen Rechtssetzung unterscheidet.

Wie bei allen Normen gilt es auch beim ehelichen Entscheidungsrecht, die intellektuelle Findung von der eigentlichen, formellen (voluntativen) Anordnung (Rechtssetzung) zu unterscheiden.

a) Zuerst muß sachverständig ausgemacht sein, was inhaltlich angeordnet werden soll (materiale Seite der Rechtsfindung)⁶⁵. Maßgeblicher Gesichtspunkt der Anordnung ist das Familienwohl in der konkreten Situation. Dabei heißt es: Überschauen, abwägen, überlegen und wählen! Es geht darum, die beiden ersten Teilakte der sittlichen Klugheit, Beratung und Urteil⁶⁶, zu vollziehen. Beide Gatten, und zwar nach dem Maße ihrer Vertrautheit mit dem Aufgabengebiet, das zu regeln ist, sind berechtigt und verpflichtet, ausfindig zu machen, welcher Weg, in der gegebenen Stunde unter Berücksichtigung aller sachlichen, persönlichen und situativen Umstände als der zuträglichste oder wenigstens überhaupt gangbare erscheint. Sache des Mannes als des Trägers des Entscheidungsrechtes ist die Anordnung dessen, was gemeinsam überlegt worden ist (Rechtssetzung, formelle Seite). Handelt es sich bei der eigentlichen Anordnung vorangehenden Beratung um den Vollzug der intellektuellen Grundakte der Klugheit (Beratung und Urteil), so geht es bei der Anordnung um den voluntativen Teilakt der gleichen Tugend, um das Befehlen⁶⁷. Das männliche Entscheidungsrecht in Ehe und Familie schließt also die Gattin durchaus nicht von der Beratung, noch von der gutachtlichen Beurteilung aus. Die inhaltliche Prägung der

⁶³ Ziegler, 306–308.

⁶⁴ Casti. connubii, no 28.

⁶⁶ consilium und iudicium; vgl. S. th 2 II, q 47, a 8.

⁶⁵ Ziegler, 226.

⁶⁷ imperium, ebd.

Anordnung fällt also dem Manne und der Frau grundsätzlich in gleicher Weise zu. Das ist auch durchaus begründet; denn beide Gatten haben geistige Urteilsfähigkeit und keiner von ihnen ist — auch in praktischer Hinsicht nicht — unfehlbar. In der Lebenspraxis muß der Partner bei der Rechtsfindung den Ausschlag geben, der auf Grund seiner Sachkenntnis erstrangig zur Auswahl der Mittel berufen ist⁶⁸. Im Hinblick auf einen möglichen, männlichen Willkürentscheid heißt das: Die gutachtliche Mitsprache der Gattin im Maße ihrer Sachkenntnis und Lebenserfahrung bei der Planung (Rechtsfindung) ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die sittliche Verbindlichkeit der männlichen Anordnung.

b) Aber auch nach gemeinsamer Rechtsfindung muß der Gatte beim Befehl Rücksicht auf weitere koexistierende weibliche Rechte nehmen.

α) Der Befehl muß — das erfordert die gemeinsame Rechtsfindung — so erfolgen, daß sittlich zu verantwortender Gehorsam seitens der Frau als ihr geschlechtsspezifischer Beitrag zum Wohle der Gemeinschaft möglich ist. Diese Annahmemöglichkeit seitens der Frau ist Voraussetzung eines sittlich verbindlichen Entscheides. Dieser personale Gehorsam ist eine dem Befehl durchaus gleichwertige, wenn auch qualitativ verschiedene, soziale Leistung. Der männlichen Befugnis zur Anordnung — im dargelegten Sinne — entspricht auf seiten der Frau der die Annahmemöglichkeit voraussetzende Gehorsam gegenüber der (gemeinsam) ermittelten Gemeinschaftsförderung. Dabei „stehen Befehlender und Gehorchende grundlegend unter dem gleichen Sollen des transzendent aufgetragenen Gemeinwohls“⁶⁹. Sie leisten ihre geschlechtsspezifischen Beiträge und gelangen in solchem Vollzug selbst zur Vollendung und zur personalen Erfüllung. Personaler, sittlich verantwortbarer Gehorsam ist — es sei noch einmal unterstrichen — eine dem Befehl gleichwertige Tat. Die Frau will und muß ihren Gehorsam ebenso wie der Mann seinen Befehl vor dem Familienwohl — und damit vor dem, der es gebietet — verantworten⁷⁰. Das geschieht, wie Ziegler treffend dartut, einmal dadurch, daß sie sich den Inhalt — wenn er sittlich annehmbar ist — personal zu eigen macht, d. h. sich mit ihrem Wollen hinter ihn stellt, ferner in der Weise, daß sie die Weisung individuell, persönlich und lebensvoll-schöpferisch, nicht abstrakt, schematisch und wirklichkeitsfremd durchführt. Dieser doppelten Verantwortung kann sich personaler Gehorsam niemals entledigen. Er schließt also nicht nur blinde Gefolgschaft aus, sondern erheischt ein erleuchtetes Mitwirken. Der Mann kann daher durch seine Verfügungen der Frau die Verantwortung für ihren Gehorsam durchaus nicht abnehmen wie etwa einem unmündigen Kinde, „als ob die Verantwortung des Leitenden hinsichtlich seiner Leitung nicht gleich groß wäre, wie die Verantwortung des Gehorchenden hinsichtlich seines Gehorsams“⁷¹.

β) Personaler Verantwortung unterliegt auch, wie wir schon sahen, die Durchführung der innerlich angenommenen Weisung. Denn der Befehl ist gewöhnlich

⁶⁸ Ziegler, 329.

⁶⁹ Ziegler, 237.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ HK 1953, 279.

allgemein gehalten. Die der Lage und den Personen gemäße Ausführung (Konkretisierung) des Spruches ist eigenverantwortliche Sache der Frau, die in ihrem Spielraum nicht durch kleinliche Einzelanweisungen unwürdig eingeengt werden darf. Bis ins einzelne gehende, schikanöse Durchführungsgebote, würdigen die Frau zur unmündigen Funktionärin ab und stellen deswegen leicht einen Mißbrauch des Entscheidungsrechts dar. Die Gattin darf beanspruchen, ihre Eigenart in ihrem Gehorsamsbeitrag zum Besten der Familie zu „investieren“, sie soll sich doch auch in der Ehe ihrer weiblichen Art gemäß auswirken und dadurch immer mehr sie selbst werden.

Das Gesagte entspricht der Vorstellung, die der Aquinate von dieser Komponente des Gehorsams entwickelt. Er verlangt bei der Gehorsamserfüllung ein „Vorgehen nach eigenem Plan“⁷². Der Gehorchende muß selbst von den dem familiären Gemeinwohl dienenden Absichten des Befehlenden erfüllt sein und sich aus eigenem Wollen mit schöpferischer Phantasie an die Verwirklichung des äußerlich aufgetragenen und innerlich angenommenen Gemeinschaftszieles machen⁷³. In solchem von Hingabe ans Familienwohl getragenen Gehorsam steckt etwas von der *rectitudo regiminis*, von der rechten Art zu leiten. Diese Fügsamkeit ist alles andere als „blind“, „servil“ und verantwortungslos „untertänig“. Sie ist personaler Vollzug aus der Wesensmitte in wohlverstandener, erfüllender, beglückender Hingabe an die eheliche Gemeinschaft.

γ) Dazu kommt, daß ein formeller Befehl überhaupt nur erteilt werden darf, wenn einfachere, unproblematische Weisen der Willensübereinkunft nicht zum Ziele führen, d. h., wenn sich das Familienwohl nur noch durch formellen Einsatz der männlichen Entscheidungsmacht verbürgen läßt. Das sollte seltene Ausnahme sein. Denn das männliche Entscheidungsrecht wird sich als Befugnis, dem widerstrebenden Gatten gegenüber einen Stichtscheid zu fällen, nur dann wirksam durchsetzen können, wenn es im ehelichen Alltag organisch, still, ohne jede Betonung der natürlichen Rechtsstellung in virtueller Weise ausgeübt worden ist. Das ist z. B. der Fall, wenn ein einhellig gefaßter Plan in Übereinstimmung durchgeführt wird, oder wenn bei abweichender Meinung ein Teil, gleich ob Mann oder Frau, seine Auffassung hintansetzt, oder wenn beide sich im Kompromiß finden und der Mann den nunmehr gemeinsamen Vorschlag in einer Art annimmt, die einem virtuellen Befehl gleichkommt. In solchen normalen und gewöhnlichen Fällen wird das Gemeinwohl der Familie durch virtuellen Einsatz der männlichen Entscheidungsgewalt gesichert. Wenn der virtuelle Befehl zum Ziele führt, kann die formelle Anordnung einen Entscheidungsmißbrauch darstellen; denn Grund und Grenze des Entscheidungsrechtes ist das familiäre Gemeinwohl⁷⁴.

δ) In Fragen, in denen der Mann beim besten Willen keine sachgerechte Entscheidung treffen kann, ist er gehalten, sein Entscheidungsrecht in der Weise auszuüben,

⁷² *procedere proprio consilio*; S.th. 2 II, q 104, a 1 ad 1, und aus freier Wahl (*ad id quod faciendum est ... cogitur ... libera electione* [Ebd.]).

⁷³ ... *ideo requiritur ... quaedam rectitudo regiminis per quam seipsos dirigant in oboediendo*. (S.th. 2. II, q 50, a 2).

⁷⁴ Ziegler 322; vgl. S. 47–48.

daß er es der sachkundigeren Frau überhaupt überläßt⁷⁵. Es gibt also auch Fälle, in denen die Ausübung des Entscheidungsrechtes nicht durch Eigenanordnung, sondern durch ein Entscheidenlassen seitens der Frau ausgeübt werden muß, um nicht Entscheidungsmissbrauch zu werden.

Gehorsam, der unter solchen Voraussetzungen geboten und geleistet wird, ist ein urpersonaler geschlechtsspezifischer Vollzug der Frau. Befehl und Gehorsam ergänzen sich zum Aufbau der Familie so, wie Mann und Frau in ihrer Ganzheit nach Gottes Schöpfungsplan ergänzend, vollendend und einander beglückend füreinander bestimmt sind. Unabhängig von der Verschiedenheit ihrer Funktionen stehen sie qualitativ auf einer Stufe des Ranges und der Würde. Jeder Gatte „investiert“ im Befehlen und Gehorchen eigenverantwortlich seine geschlechtliche Eigenart im Dienste des Gemeinwohls. Dieser Gehorsam weist der Gattin also nicht einen tieferen Rang, sondern gleiche Würde an der Seite des Gatten an. Personaler Gehorsam bedeutet daher weder eine rangmäßige Nachordnung, noch eine Wehrlosigkeit der Frau gegenüber dem mit dem Entscheidungsrecht ausgestatteten Gatten. Sittlich verbindlich kann der Gatte nur solange entscheiden, als seine Art anzuordnen, lebensmäßiger Ausdruck der qualitativen Gleichberechtigung ist. M. a. W. beide Gatten haben gleichrangige, wenn auch inhaltlich verschiedene Verantwortung zu tragen, das Entscheidungsrecht wird nur zusammen mit dem sittlich möglichen Gehorsam der Frau realisierbar, wenn es zu keinem Entscheidungsmissbrauch kommen soll.

Das Entscheidungsrecht in Ehe und Familie ist — so läßt sich zusammenfassend sagen — wahrlich etwas anderes als ein der personalen Gleichwertigkeit widerstreitendes Willkürrecht zum Vorteil des Mannes als Mann. Es ist als Dienst- und Sozialrecht sittlich in koexistierende Befugnisse der personal gleichwertigen Frau eingefügt und eingebunden. Wo diese Bindungen — sei es per excessum, sei es per defectum — verachtet werden, liegt Entscheidungsmissbrauch vor. Nur in diesem Sinne hat die Formel vom „Recht des Mannes auf das letzte Wort in der Ehe“ einen brauchbaren Sinn.

3. Rückblick auf die Diskussion im Bundestag.

Gleichwohl wurde die naturrechtliche Auffassung in der Diskussion von den Kritikern in die Nähe überlebter, die Frau entmündigender Vorstellungen gerückt.

Selbstkritisch müßten wir festhalten: Auch bei der durch die Situation bedingten Betonung der hierarchischen Struktur der ehelichen Lebensgemeinschaft, darf nicht übersehen werden, daß die Ehe auf einer solidarischen Grundverpflichtung und Grundverantwortung beider Gatten steht, die erst die hierarchische Komponente impliziert. Denn beide leisten gleichwertige Beiträge zum Wohl der Familie in völliger Solidarität. Das hierarchische Element fließt erst aus der geschlechtsspezifischen Eigenart der solidarisch zu erbringenden Gemeinwohlleistungen. Es gibt also eine solidarische Grundstruktur der Ehe, die die Basis der hierarchischen Ordnung darstellt. Man würde

⁷⁵ Ziegler 226.

daher die hierarchische Struktur mißverstehen, wollte man sie von ihrer Wurzel, der solidarischen, lösen.

Bei den Auseinandersetzungen in dem Unterausschuß und im Plenum des Bundestages wurden zwei Fragen ohne allzu strenge Scheidung behandelt: Einmal die nach der Existenz eines männlichen Entscheidungsrechtes überhaupt, zweitens die andere, ob, falls es eine solche Befugnis des Mannes gibt, es opportun sei, sie auch im bürgerlichen Gesetzbuch zu positivieren, d. h. sie rechtlich zu schützen. Unter denen, die für Ablehnung des § 1354 eintraten, waren nicht nur Abgeordnete, die die innere Ordnung für völlig frei gestaltbar hielten, sondern auch andere, die sie anerkannten, aber gleichwohl eine gesetzliche Positivierung für unangebracht hielten.

Unsere Antwort auf die erste Frage ist eindeutig und klar. Ein ganz anderes Problem stellt sich aber mit der Frage, ob das unbestrittene, natürliche Leitungsrecht des Mannes im bürgerlichen Gesetzbuch auch rechtlich geschützt werden soll⁷⁶.

C.

Soll das natürliche Entscheidungsrecht des Mannes im bürgerlichen Gesetzbuch positiviert werden?

Die Moralthologie lehrt uns, daß für sittliche Entscheidungen nicht nur die Sache selbst (Objekt), sondern auch die anderen Quellen der Sittlichkeit, wie z. B. die Umstände, gebührende Berücksichtigung finden müssen. Welche Umstände spielen nun in unserer Frage eine Rolle?

I. Es wäre zu beachten, daß die rechtserzieherische Kraft des bürgerlichen Rechtes verhältnismäßig gering ist. Das Leben geht seine eigenen Wege. Gesunde Ehen kommen höchst selten mit der Norm des BGB in Berührung. Dagegen hat die im Gesetz getroffene Regelung oft für die Gestaltung gestörter Ehen und Familien schicksalhafte Bedeutung, wenn das Vormundschaftsgericht eingreifen muß. Im Hinblick auf diesen „Umstand“ erscheint nun die formale Gleichberechtigung der Geschlechter in der Ehe als durchaus erträglich, ja oft als empfehlenswert. Denn Väter, die nicht mehr für das Wohl ihrer Familie zu leben bereit sind, sind damit auch nicht mehr fähig, das Sozialrecht der Ehegemeinwohlsentscheidung sachgerecht auszuüben. Damit tritt nach naturrechtlicher Betrachtung die Gattin und Mutter als subsidiär Befugte ohne weiteres an die Stelle des Mannes, der versagt. Die formale Gleichberechtigung der Frau ermöglicht es in diesen Fällen, das ihr zustehende, subsidiäre Entscheidungsrecht leichter auszuüben, bzw. ausgesprochene Fehlentscheidungen des Vaters unmittelbar, nicht erst über die für das eheliche Leben so risikofolle Anrufung des Vormundschaftsgerichtes, rechtlich unwirksam zu machen. Sie braucht ja nur ihre Zustimmung zu verweigern. Jedenfalls ist die zu Ehe und Kindern stehende Frau in diesen Fällen — und sie bieten gerade ein charakteristisches Anwendungsgebiet der Gesetznorm — dann

⁷⁶ Vgl. dazu auch die mehrfachen Ausführungen von Frau Dr. Elis. Schwarzhaupt vor allem in 206. Bundestagssitzung v. 3. 5. 1957; 11788: „Das staatliche Gesetz kann niemals das aussagen, was von der christlichen Lehre her über die Struktur der Ehe . . . zu sagen ist“.

rechtlich nicht schlechter gestellt als der Mann, der die Familie innerlich bereits preisgegeben hat. Der vom Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärte § 1628 beließ dem Vater auch in solchen Fällen bis zum Eingreifen des Vormundschaftsgerichtes das Stichentscheidungsrecht und § 1629 die ausschließliche rechtliche Vertretung dazu⁷⁷. Die Mutter wurde damit in die Rolle der Antragstellerin beim Vormundschaftsgericht gedrängt, während der Vater indes unmittelbar ins Leben eingreifend rechtlich unangefochten handeln konnte. Gerade diese Benachteiligung, die das Verfassungsgericht⁷⁸ als Verletzung einer quantitativ verstandenen Gleichberechtigung abgelehnt hat, stellt eine in diesen Fällen ungerechtfertigte Behinderung des subsidiären Entscheidungsrechtes der Gattin dar. In Ehen, die am Rande der Scheidung leben — und es sei wiederum betont: Gerade in diesen Ehen wird die gesetzliche Regelung lebenswirksam, während sie für die nicht gestörten Ehen eine weniger bedeutsame Deklamation bleibt — kann der Gesetzgeber nicht von der Unterstellung ausgehen, daß der Mann seine naturrechtlichen Befugnisse als soziales Dienstrecht ausüben wird. Die Gewährung der formalen Gleichberechtigung bahnt hier also dem subsidiären Entscheidungsrecht der Frau eine Gasse, soweit nicht bei bereits getrennt lebenden Gatten auf Antrag eines Teiles die elterliche Gewalt einem Gatten allein zugesprochen worden ist⁷⁹. Die Bedrohung der Ehe und Familie kann natürlich auch von der Frau ausgehen. Aber die Frau kann niemals, solange der Gatte ihr widerspricht, formell rechtswirksam handeln. Tatsächlich geht die Zerrüttung der Familien aber überwiegend von den Gatten bzw. Vätern aus⁸⁰.

Die Betrachtung dieser „Umstände“ zeigt: Die soliden Ehen und Familien bedürfen der Norm der §§ 1354 und 1628 nicht oder höchst selten, um zur innerfamiliären, einheitlichen Willensbildung zu kommen. Die Entscheidungen fallen unabhängig von dem Rechtsschutz, den das Gesetz dem natürlichen Befugnis des Mannes gewährt.

Dabei wollen wir nicht vergessen, daß diese lebensmäßige, unproblematische Art der Entscheidung und der zwischen den Gatten erarbeitete Kompromiß, solange der Gatte „mitmacht“, nichts anderes als eine virtuelle Ausübung der natürlichen, männ-

⁷⁷ Soweit nicht die Regelung des § 1672 eintrat;

⁷⁸ Neue Juristische Wochenschrift 1959, 1484 ff.

⁷⁹ BGB § 1672.

⁸⁰ Im Bundesgebiet (ohne Berlin) wurden i. J. 1958 geschieden 43 108 Ehen
 davon war der Mann allein als schuldig befunden in 23 292 Ehen (55%)
 die Frau war alleinschuldig in 5 350 (!) Ehen
 beide waren schuldig in 11 380 Ehen
 keiner war persönlich schuldig in 3 086 Ehen
 In 87% der Fälle war es also durchaus gerechtfertigt, von der Unterstellung, daß der Mann eine sachgerechte Familiengemeinwohlerentscheidung treffen wird, abzugehen und die Frau in der Krisenzeit, sei es als Unschuldige, sei es als Mitschuldige an den Entscheidungen zu beteiligen, weil anzunehmen ist, daß ihr subsidiäres Entscheidungsrecht durch die Ehesituation „aufgerufen“ ist.

Den 43 108 Ehen entstammten ca. 43 000 Kinder, deren Schicksal unter der Herrschaft des § 1628 bis zum Scheidungsurteil durch Stichentscheid des Vaters allein entschieden werden konnte. Vgl. aber Anm. 79 (Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1960, 69).

lichen Entscheidungsbefugnis darstellt. Dieser Sachverhalt wird oft übersehen. Auf diese stille und lebensmächtige Art der Familienleitung kommt es für die Ehe an, nicht auf die formale Betätigung, die nur in seltenen, vom Familienwohl geforderten Fällen praktiziert werden sollte. In Ehen, in welchen aber der Einigungswille fehlt, vermag auch die Gesetzesnorm keine Abhilfe zu schaffen. Wenn nämlich der Gatte im Sinne des geplanten § 1354 n.F. nach mißlungener Willenseinigung mit seiner Frau sein Stichentscheidungsrecht durchsetzt, wird die Frau sofort den Einwand erheben, daß dieser dem Familienwohl widerstreite und daher weder sittlich noch rechtlich verpflichtet. So dürfte es auch trotz eines ev. § 1354 in den hartnäckigen Fällen zum non liquet kommen, während sich die Gatten im anderen Falle „ehrlich“ „aneinander-raufen“ würden. M. a. W. der Prozeß der Rechtsfindung wird für den Mann umständlicher und langwieriger werden. Wird aber im „Ringens“ mit der Frau schließlich ein sittlich tragbarer Kompromiß erreicht, so ist sofort die Möglichkeit der virtuellen Ausübung des natürlichen, männlichen Entscheidungsrechtes gegeben. Daß sich ein ev. § 1354 in den angezogenen Fällen zum Nachteil des fällig gewordenen weiblichen subsidiären Rechtes auswirkt, ist hinreichend unterstrichen worden. Man muß sich fragen, ob diese Umstände nicht unser Urteil über die Paragraphen 1354 und 1628 mitbestimmen sollten, zumal die „Umstände“ im Bereich unmittelbarer Lebenswirklichkeit spielen, während das Prinzip (Objekt) überwiegend im Raume der Deklaration und Deklamation verbleibt. Es stellt sich die Alternative zwischen der Deklaration eines (untergeordneten und abgeleiteten) natürlichen Mannesrechtes in der Ehe, das allgemein⁸¹ gesetzlichen Schutz erhält und der Rechtshilfe für Frauen und Kinder, die bis zum gerichtlichen Eingreifen gemeinwohlfeindlichen Entscheidungen eines uninteressierten Gatten ausgesetzt sind.

Sollte christlicher Realismus, der konkreten, verfahrenen und vom Ideal her nicht mehr zu ordnenden Verhältnissen zu Hilfe eilt, sich hier nicht bescheiden, zu helfen und zu retten, was in concreto noch zu retten ist? Wir müssen uns damit abfinden, daß wir im politisch-sozialen Raum nicht abstrakte Ideale zu verwirklichen haben —, daran müßten wir scheitern —, sondern daß das in der gegebenen, recht unidealen Situation noch erreichbare Beste das konkrete Optimum darstellt, das überhaupt zu verwirklichen ist⁸². Die vom Ideal (Objekt) her unzulängliche, formale Gleichberechtigung erweist sich in ihren (ungewollten) Nebenfolgen als ein brauchbares Instrument, um der noch um die Gemeinwohlmitte ihrer Familie ringenden Frau gegenüber einem das Familienwohl störenden Gatten die Ausübung ihres natürlichen, subsidiären Entscheidungsrechtes zu erleichtern. Bei dem ganzen Fragenkomplex geht es, wie B. Häring mit Recht bemerkt, viel weniger um „die innere Struktur der Ehe als um Gerechtigkeit und Billigkeit für die benachteiligte Partnerin in der scheiternden oder

⁸¹ Mit Ausnahme der Fälle gerichtlich nachgewiesenen Entscheidungsmissbrauches.

⁸² Vgl. dazu: Werner Schöllgen, Die soziologischen Grundlagen der katholischen Sittenlehre, Düsseldorf 1953, Art.: Verantwortungsethik als die rechte Mitte zwischen dem Utopismus radikaler Gesinnungsethik und dem Zynismus machiavellistischer Erfolgsethik, 91—98.

gescheiterten Ehe. Es geht nicht um Kernprobleme (Objekt), sondern um „Grenzprobleme“⁸³.

II. Bedenken wir als weiteren Umstand die „Diasporasituation“ der Kirche in Deutschland⁸⁴. Das staatliche Gesetz bindet ja nicht nur Christen, es will eine Rechtsordnung für alle schaffen, auch für jene, die das durch die recht interpretierte Natur und die göttliche Offenbarung verbürgte männliche Leitungsrecht formell nicht anerkennen wollen — wobei oft zu fragen bleibt, wie weit es virtuell gleichwohl verwirklicht wird! — Solche Haltung beruht ja beileibe nicht etwa nur auf bösem Willen. Hier liegt eben der theoretisch in der Moraltheologie immer wieder dargelegte Fall vor, in dem hinsichtlich abgeleiteter Normen des natürlichen Rechtes auch bei Gutwilligen und Aufgeschlossenen durchaus Irrtümer bestehen können. Es liegt eine tragische Ignoranz vor, die aber nach unseren Grundsätzen Achtung verlangt. Wir mögen bedauern, daß man im Zuge einer allgemeinen demokratischen Gleichmacherei den Wesensblick für vorgegebene natürliche Strukturen allenthalben eingebüßt hat. Der Gesetzgeber in einer pluralistischen Gesellschaft kann aber diese Tatsache nicht einfach übersehen. Er muß versuchen, aus der tatsächlich gegebenen Situation das Beste herauszuholen.

III. Christliche Klugheit erfordert auch die Abwägung möglicher zukünftiger Auswirkungen. Von da her erhebt sich die Frage, ob die Kodifizierung der §§ 1354 und 1628/29 n.F. wirklich überwiegend zur Festigung der Ehen beigetragen hätte. Rechtslogisch zielt die familiäre Autorität zweifellos auf die Stärkung der ehelichen Autonomie gegenüber Gesellschaft und Staat. Die einseitig den Mann begünstigende Rechtslage (die als qualitative Gleichberechtigung den reifen, gewissensgebunden⁸⁵ und der Familie selbstlos dienenden Gatten voraussetzt), kann den unreifen und egoistischen Mann aber auch dazu verleiten, das Mitwirkungsrecht der Frau bei der Rechtsfindung und der Durchführung zu übergehen und die Rücksichtnahme fallen zu lassen in dem Bewußtsein: „Ich habe ja am Ende doch Recht! Und sollte ich Unrecht haben, dann wird meine Frau ja nicht gleich zum Gericht laufen!“ So kann psychologisch auch Anlaß geboten werden, den Willkürstandpunkt im Kurzschlußverfahren durchzusetzen und dadurch die Ehe zu stören. Das rechtslogisch voranleuchtende Ziel kann durch gegenläufige Gesetze der Psychologie — zumal der erbsündlichen Psyche — durchaus auch in sein Gegenteil verkehrt werden. Rechtslogische Intentionen und

⁸³ Soziologie der Familie (Salzburg 1954) 82.

⁸⁴ Vgl. dazu Karl Rahner, in: „Sendung und Gnade“ (Innsbruck 1959) 13—47: „Wir haben den Traum eines homogen christlichen Abendlandes noch nicht ausgeträumt. Wir werden oft am falschen Platze wild und suchen mit unzulänglichen Mitteln dieses ideale Wunschbild zu realisieren und greifen daher an der falschen Stelle an“ (376)! „Wenn wir immer gleich nach staatlichen Gesetzen schreien, die der moralischen Misere abhelfen sollen, vergessen wir, daß wir in der Diaspora leben, auf diese Weise auf die Dauer nichts erreichen als eine Züchtung antiklerikaler Affekte bei denen, die von uns nicht belästigt werden wollen durch Zwangsmaßnahmen“ (40).!

⁸⁵ L. Berg, a.a.O., 27.

psychologische Möglichkeiten decken sich also durchaus nicht. Es gibt im Leben manche Dinge, die man besser indirekt, verdeckt und virtuell, als direkt und formell erreicht. Sowohl eine mehr „hierarchische“ wie eine mehr „solidarische“ Lösung sind ambivalent. Es erscheint gewagt, eine Lösung ohne weiteres als DIE katholische hinzustellen, wenn man im Sinne christlicher Verantwortungsethik sein Ziel nicht in der Proklamation unveränderlicher Ideale, sondern in der optimalen Umformung der widerstrebenden Wirklichkeit sieht. Die eine, sichere, „katholische“ Ideallösung gibt es nicht. Der rechtslogisch direkte Weg verbürgt nicht mehr Chancen als der vom Objekt her unzulängliche der formalen Gleichberechtigung. Es ist in unserer Zeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Festigkeit der Ehe unter der formalen Gleichberechtigung (als Gasse zur Verwirklichung des subsidiären Entscheidungsrechtes der Frau) größere Chancen hat, als unter der Herrschaft des (zu Unrecht!) tatsächlich weithin als fremd und aufgezwungen empfundenen männlichen Leitungsrechtes.

Mit gutem Grund fragt daher Bernhard Häring⁸⁶, ob „eine staatliche Stützung der bisherigen gesellschaftlichen Vorrangstellung des Mannes gegenüber der Frau seine Autorität im Schoße der Familie stärken oder diskreditieren würde“. Dabei hält er die negative Auswirkung für wahrscheinlicher. Tatsächlich pflegt sich im Leben oft eine Art psychologischer Gegenläufigkeit bemerkbar zu machen in dem Sinne, daß die lebensmäßige Autorität des Vaters dort zunimmt, wo sie des formal juristischen Schutzes entkleidet ist und daß umgekehrt die durch äußere Zwangsmittel gesicherte Autorität als fremd und unpassend empfunden wird. Die neue Rechtslage enthält also auch Chancen, ja sie könnte durchaus einen Aufruf bedeuten, die Vaterautorität nun von innen her bewußt zu stärken. Auch Ludwig Berg, der die innereheliche Autorität selbstverständlich als ein „unablösbares Strukturelement“ bezeichnet⁸⁷, bemerkt treffend in seinen Ausführungen über den „Letztentscheid“: „Beim Gebrauch und der Ausübung der Autorität kommt es auf Klugheit, Tüchtigkeit, Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein an. So etwas läßt sich nicht in allgemeinen Formeln im voraus festlegen . . . So etwas kann noch weniger in allgemein formulierten staatlichen Gesetzen festgelegt werden. Hier ist eher die Erziehung zum sittlichen Rechtsgebrauch als die gesetzgeberische Ordnungsmacht des Staates aufgerufen⁸⁸. Das bewußte Ringen um die Vaterstellung kann dieser selbst jedenfalls nur zum Vorteil gereichen.

Die Berücksichtigung dieser „Umstände“ läßt die augenblickliche Rechtslage in etwas anderem Lichte erscheinen. Die Frage, ob die naturrechtlich-christlich unanfechtbare, väterliche Leitungsgewalt auch rechtlich positiviert werden soll, läßt sich jedenfalls nicht ohne weiteres mit einem unbedingten „Ja“ beantworten. Auch hier haben wir uns nicht einfach für eine gleichsam ewig unveränderliche „katholische“ Position zu entscheiden. Im Gegenteil! Eine echte Güterabwägung zwischen beiden

⁸⁶ a.a.O. 82.

⁸⁷ a.a.O. 26.

⁸⁸ a.a.O. 27.

Möglichkeiten ist erforderlich. Und es erscheint durchaus nicht, als ob sich die Schalen unbedingt und ohne weiteres zu Gunsten der traditionell „katholischen“ Auffassung neigten. Es gilt sehr beachtliche Für und Wider gegeneinander abzuwägen. Erst dann kann die Entscheidung fallen. In jedem Falle wirkt sich die augenblickliche Rechtslage in mancher Hinsicht auch positiv aus. Ob sie die damit in Kauf zu nehmenden Nachteile aufwiegt? Hierüber sind wohl verschiedene Auffassungen möglich.

Hat nun der Mann das letzte Wort in der Ehe? In christlichen Ehen und Familien zweifellos, freilich in den früher aufgewiesenen Grenzen, für deren Umreißung wir Albert Ziegler Dank schulden. Gesetzgeber und Verfassungsgericht haben dem Vater durchaus nicht das letzte Wort genommen. Sie haben diese Befugnis nur des staatlichen Rechtsschutzes entkleidet. Jedoch können (und sollen) alle Christen auch unter dem neuen Recht nach ihrem Gewissen unangefochten leben. Die Entwicklung könnte für die so stark ausgehöhlte Vater- und Gattenautorität ein Anruf sein, lebensmäßig wieder stärker in ihre familiäre Sozialaufgabe hineinzuwachsen.

ZUSAMMENFASSUNG:

- A. Die alte und die neue Rechtslage in Deutschland.
 - I. Das Gatten- und das Eltern—Kinderverhältnis nach dem BGB von 1896.
 - II. Das Ringen in den Ausschüssen und im Plenum des Deutschen Bundestages um die Anpassung der §§ 1354 und 1627 BGB a.F. an die Gleichberechtigungsnorm des Bonner Grundgesetzes.
- B. Die christlich-naturrechtliche Lehre über das Gattenverhältnis:
 - I. Die Gleichordnung der Geschlechter in der Leibesgemeinschaft.
 - II. Die Ordnung zwischen den Gatten in der Lebensgemeinschaft.
 - 1. Grundsätze.
 - 2. Unzulängliche Auffassungen der Vergangenheit.
 - 3. Die Kirche legt die Leitungsgewalt in die Hand des Mannes.
 - III. Nähere Betrachtung des männlichen Leitungsrechtes:
 - 1. Es ist soziales Dienstrecht
 - a) Der Gatte ist nicht personal, sondern nur funktional übergeordnet.
 - b) Sein Recht ist Auswirkung sozialer, nicht prinzipieller Autorität.
 - α) Es erschöpft sich in der Koordinationsbefugnis
 - β) Es setzt das Recht der Frau, den Innenraum zu ordnen, voraus.
 - c) Auch die Ausübung der legitimen Koordinationsbefugnis erfordert weitere Rücksichten
 - α) Formeller Einsatz der Autorität muß vom Familienwohl geboten sein
 - β) Das Entscheidungsrecht erstreckt sich nur auf die Bestimmung einer von verschiedenen sittlich in gleicher Weise tragbaren Gestaltungsmöglichkeiten des gemeinsamen Lebens
 - γ) Es erstreckt sich nicht auf Wahrheits- und Gewissensfragen.
 - δ) Das subsidiäre Entscheidungsrecht der Frau muß geachtet werden.
 - 2. Der Anteil der Frau bei der Ausübung des männlichen Entscheidungsrechtes
 - a) Rechtsfindung und Rechtssetzung

- b) der Rechtssetzung koexistierende weibliche Rechte: Anspruch auf
 - a) sittlich möglichen Gehorsam, Möglichkeit personalen Mitvollzugs
 - β) individuelle Durchführung
 - γ) möglichst virtuellen Einsatz der Leitungsgewalt
 - ϑ) auf Überlassung der Entscheidung.
- 3. Rückblick auf die Diskussion im Bundestag.

C. Im Hinblick auf die gesetzliche Positivierung des männlichen Entscheidungsrechtes sind folgende Umstände zu beachten:

- I. Das Gesetz wird vorzüglich in scheiternden oder gescheiterten Ehen angewandt.
- II. Das Gesetz wirkt in die „Diasporasituation“ hinein.
- III. Die rechtliche Sicherung der Mannesstellung in der Ehe hat auch ungünstige Auswirkungen.
- IV. Eine „Güterabwägung“ ist vonnöten.

Bericht

Die Pflege des kanonischen Rechts an der Prager Universität im 17. und 18. Jahrhundert.

Als 2. Band einer von der Sektion Wirtschaft, Recht und Philosophie der Prager Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Reihe „Rechtshistorische Bibliothek“ legt Jiri Klabouch seine Kandidaten-Dissertation über die Rechtslehren des Aufklärungszeitalters in den böhmischen Ländern vor*. Die Arbeit gibt u. a. eine Geschichte der juristischen Fakultät der Prager Universität von der Mitte des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts und in ihrem Rahmen auch eine eingehende Darstellung von Lehre und Forschung auf dem Gebiet des kanonischen Rechts. Als besonders ergiebig hat sich die Heranziehung und Auswertung der zahlreichen, im Barock- und Aufklärungszeitalter an der Prager Universität entstandenen Dissertationen erwiesen. Von den üblichen Konzessionen an die materialistische Geschichtsauffassung abgesehen, werden die Forschungsergebnisse objektiv und ohne störende nationale Voreingenommenheit dargestellt, so daß die Arbeit verdient; auch von der deutschen Forschung beachtet und herangezogen zu werden.

Seit der Vereinigung der karolinischen mit der klementinischen Akademie im Jahre 1654 hörten die Vorlesungen an der juristischen Fakultät über Kirchenrecht auch die Theologiestudenten, denn an der theologischen Fakultät durfte Kirchenrecht bis 1753 nicht gelesen werden und 1771 wurde es neuerlich als Vorlesungsgegenstand aus dem Lehrplan der theologischen Fakultät und der Generalseminare gestrichen. Noch 1730 bestand in Prag die Möglichkeit, neben dem Doktorat „beider Rechte“ auch nur das Doktorat des kanonischen Rechts zu erwerben. Unter den 4 Lehrstühlen der Juristenfakultät ist der des kanoni-

schen Rechts bis 1753 nicht nur der angesehenste, sondern auch der am besten dotierte. 1728 erscheint in Prag eine Ausgabe des Corpus iuris canonici, nachdem hier in den Jahren 1686 bis 1687 B. Sannigs zweibändiges Lehrbuch „Universum ius canonicum ad ordinem decretalium“ und 1699 Johann Christoph Schambogens „Commentarius seu Lectiones publicae in Gregorii IX Decretalium libros quinque compositae“ — Klabouch bezeichnet sie als „heimisches Compendium von hohem Niveau“ — erschienen waren. 1755 kommt in Prag als letztes Produkt der theologia iuridico-moralis vor dem Beginn der Aufklärung das vierbändige Compendium T. M. Rupprechts „Notae historicae in universum ius canonicum“ heraus.

Nach der Instruktion für den Professor des kanonischen Rechts von 1754 „solle allezeit die Richtschnur sein: reddere quae caesaris sunt caesari, et quae dei sunt, deo“. An der Prager juristischen Fakultät blieb man damals nach den Worten Klabouchs der Kirche gegenüber loyaler als selbst der Habsburger Staat. Bis 1771 wurde das Lehrbuch des bayerischen Jesuiten Veit Pichler verwendet, dann die „Institutiones iuris ecclesiastici“ Paul Josef Rieggers, die nach einem Worte Monses eine neue Epoche der Kanonistik in den österreichischen Erblanden eingeleitet haben. Seine Schüler sind an der Prager Universität F. Woldrich von Ehrenfreund, an der Olmützer Universität Josef Vratislav Monse. 1769 erscheinen in Prag gleichzeitig Rautenstrauchs „Institutiones iuris ecclesiastici“ (2. Aufl. 1772) und der erste Band von Franz Lothar Schrodts dreibändigen „Institutiones iuris canonici“. Auch der Ex-Jesuit Wenzel Dinzenhofer, der Sohn des Baumeisters Ignaz Kilian, der zwar in Innsbruck und Prag Staats- und Lehensrecht las, aber seine Dissertation über ein kirchenrechtliches Thema verfaßt hat (Dissertatio de decimis, Wien 1779), ist ein Vertreter der josefinischen Richtung.

* J. Klabouch, *Osvícenské právní nauky v českých zemích*, Prag 1958. 357 S., 16 Abb.

Die Professoren des kanonischen Rechts an der Prager Juristenfakultät während des dargestellten Zeitraums waren:

1654 J. H. Düsterwald,
1655 — 1678 Christian Kyblin von Waffenburg,
1679 — 1685 J. G. Funcken,
1686 — 1695 J. C. Schambogen
1696 — 1703 J. H. Turba,
1704 — 1710 J. I. Wolfert von Neffe,
1711 W. J. Kriegelstein von Sternfeld,
1712 — 1721 J. A. Besnecker,
1722 — 1743 W. X. Neumann von Puchholtz,
1744 — 1747 H. P. Broichhausen,
1748 — 1752 N. I. Königsman,
1753 — 1754 F. F. Schwarz de Lauro,
1755 — 1771 J. D. Dewaldt,
1772 — 1801 F. Woldrich von Ehrenfreund.

Eine Episode aus dem Jahre 1677 zeigt die wohlwollende Handhabung der Bestimmungen über die Leibeigenschaft durch das Stift Tepl: Im Protokoll der juristischen Fakultät aus diesem Jahre wird berichtet, einer der zur Prüfung ange-tretenen Studenten „produxit litteras natalitias et manumissorias a Praelato et Priore et Superiore Conventus Teplensis“. Der Student, dem so das Hochschulstudium ermöglicht wurde, J. H. Turba, wurde später selbst Professor der juristischen Fakultät, zweimal Rektor der Universität und Kaiserlicher Rat.

Dr. H. Slapnicka

Besprechungen

Christopher Dawson, **Gestaltungskräfte der Weltgeschichte · Studien zur Soziologie, Theologie und Philosophie der Geschichte.** Hrsg. v. J. J. Mulloy, aus dem Englischen übersetzt von Marianne Schön. R. Oldenbourg Verlag, München. 424 Seiten, 24,— DM.

Schon vor einigen Jahren erschienen von Christopher Dawson, dem englischen, jedoch heute in Amerika lehrenden Geschichtsphilosophen und Soziologen einige Werke, die in Deutschland besonders in katholischen Kreisen starke Beachtung fanden. Seine Bücher „Die wahre Einheit der europäischen Kultur“, „Die Gestaltung des Abendlandes“ und „Europa, Idee und Wirklichkeit“ waren die Antithese zu Spenglers Untergang der abendländischen Kultur und zu dessen Kampf gegen das Christentum. Dawson sieht im Christentum den entscheidenden Faktor für die Überwindung der abendländischen Krise, in der Religion den wesentlichen und zentralen Inhalt jeder Kultur. Besonders die nach Dawsons Anschauung 3. und 4. Hauptstufe der Kultur, die Entstehung der Weltreligionen und der Beginn der Wissenschaften im Abendland ist mit der Religion engstens verknüpft. Vor allem aber hat erst das Christentum in sich die Kraft und Fähigkeit, den Zwiespalt der materiellen und geistigen Welt durch das Geheimnis der Menschwerdung

Christi zu überbrücken. Neben den bereits in deutscher Sprache herausgegebenen Büchern Dawsons sind seine zumeist in Zeitschriften erschienenen Aufsätze zu den soziologischen Grundlagen der Geschichte, zur Theologie und Philosophie und zum Sinn der Geschichte von größter Bedeutung. Um so mehr sind wir dankbar, daß uns der Verlag Oldenbourg die wertvollen Arbeiten dieses katholischen Kulturphilosophen, seine geschichts- und kulturphilosophischen Auffassungen in deutscher Sprache zugänglich gemacht hat, damit in einer Zeit der kulturellen Zerrissenheit die wirklichen Gestaltungskräfte der Weltgeschichte dokumentiert werden. Denn nach Dawson ist „Die einzige letzte Wirklichkeit die Existenz Gottes, und die Welt des Menschen und auch die Natur sind nur insofern wirklich, als sie ihr Fundament und Daseinsprinzip in der höchsten Wirklichkeit haben“.

J. Hemmerle

Mathilde Uhlirz, **Die älteste Lebensbeschreibung des heiligen Adalbert.** (Schriftenreihe der histor. Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften I), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1957, 92 Seiten.

Diese zu den „Forschungen und Vorarbeiten zu den Jahrbüchern und Regesten Kaiser Ottos III.“ gehörende Veröffentlichung der bekannten Grazer Historikerin untersucht das Verhältnis der bisher als ältesten angesehenen Vita Adalberts aus der Feder des römischen Mönches Canaparius mit der von der Forschung übergangenen Reimvita „Quatuor immensi“, die in zwei späteren Prager Handschriften erhalten ist. Die textkritische Prüfung kommt zu folgendem Ergebnis: Die Reimvita, ein in leoninischen Hexametern verfaßtes Lobgedicht auf den Heiligen, wurde von Kaiser Otto III. in Auftrag gegeben, als dieser 997 begann, den Kult des Freundes und Blutzeugen zu begründen. Als Verfasser kommt der sächsische Begleiter Adalberts, Benedikt, in Betracht. Ob dieser auch als Schöpfer der literarischen Gestalt der Vita, die den Werken der Gandersheimer Dichterschule nahesteht, anzusehen ist, muß offen gelassen werden. Das Gedicht von hohem künstlerischem Rang entstand in Deutschland, in Rom — wo es dem Kaiser anfangs 999 vorgelegt worden sein muß — wurden einige Ergänzungen eingefügt. Diese Vita, ebenso wie die Kanonisation des Martyrers (999) spielten offenbar eine Rolle bei der Reise Ottos III. nach Polen, dessen Verhältnis zum Reich er auf eine neue Grundlage zu stellen vorhatte. Die Reimvita, mit der eine wichtige Quelle zur Geschichte der Ottonen erschlossen wurde, ist die erste Biographie des hl. Adalbert, auf ihr fußt die römische des Mönches Canaparius (um 1001), auf beiden aber die des Bruno von Querfurt (1004—1008 entstanden).

A. H.

Stifter-Jahrbuch VI., Jahrbuch des Adalbert-Stifter-Vereins in München und der Historischen Kommission der Sudetenländer, in Verbindung mit E. Bachmann, J. Hanika, J. v. Herzogenberg, E. Lemberg und Chr. Altgraf Salm herausgegeben von Helmut Preidel, 8 Abb. im Text, 16 Tafeln, 284, XVI Seiten, Gzln. DM 19,20. Edmund Gans Verlag, Gräfelfing b. München.

Das Stifter-Jahrbuch VI vereinigt wiederum Beiträge zur politischen und Kulturgeschichte der Sudetenländer, ferner Berichte, Reden und biographische Skizzen. Eingangs bringt Jos. Hemmerle eine kritische Würdigung des Buches von W. Jaksch „Europas Weg nach Potsdam“. — Ferd. Seibt behandelt den „Nationalitätenkampf im Spiegel der sudetendeutschen Geschichtsschreibung 1858—1938“. Es geht um die Geschichte einer Problemstellung als Teil einer bisher noch nicht existierenden Geschichte der sudet. Historiographie, zugleich um die Frage nach den ideellen Voraussetzungen bzw. Zielsetzungen der Geschichtsschreibung. Eine solche Selbstkritik der Wissenschaft bietet der gesellschaftlich-nationalen Neubesinnung wertvolle Hilfe. Wir sehen, wie Palackys These von der Auseinandersetzung zwischen Tschechen und Deutschen der künftigen Geschichtsschreibung beider Völker das Gesetz gab. Nach 1918 werden neue Motive wirksam: Erforschung des Leistungsanteils, Erkenntnis des Miteinanders, Forderung nach dem Nebeneinander, schließlich auch Kritik am Volksgedanken von den übergewaltigen Gegebenheiten des Staates und der Religion her. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, worin in Eduard Winters Werk über das religiöse Ringen der beiden Völker Fortschritt und Grenzen liegen. — E. Schieche berichtet über „Sudetendeutsche und slowakische Geschichte in tschechischer marxistischer Sicht“ auf Grund der für die Zwecke des Heimstudiums herausgegebenen Hochschulvorlesungen über die „Geschichte der Tschechoslowakei in der Epoche des Feudalismus“. — H. Preidel untersucht „Handwerk und Handel im frühgeschichtlichen Mitteleuropa“. — Lebhaftes Interesse verdient ein von Johanna v. Herzogenberg veröffentlichter und eingeleiteter Brief der Jeanne d'Arc an die Hussiten. Der deutsche Wortlaut war 1834 von Hormayr bekannt gemacht worden, nunmehr liegt auch der lateinische Text aus dem Registerband Sigismunds D im Wiener Staatsarchiv vor. Das Schreiben ist vom 3. März 1430 datiert und tadelt in scharfen Worten die Hussiten wegen ihres Abfalls von der Kirche und wegen ihres kriegesischen Vorgehens; Jeanne wolle sogar eher den Kampf gegen die Engländer einstellen und sich mit Waffengewalt gegen die Abtrünnigen wenden, wenn sie nicht bald Nachricht von ihrer Bekehrung erhalte. — Joh. J. Morper weist in seinem Artikel zur Prager Exekution vom 21. Juni 1621 nach, daß die Strafver-

schärfung, wie sie in den am Altstädter Brückenturm aufgesteckten Köpfen liegt, keine Besonderheit der habsburgischen Justiz gewesen sei, sondern ihr Vorbild in Frankfurt (1616), vor allem aber in England gehabt habe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Kenntnis dieser Sitte gerade durch die Englandbeziehungen des Winterkönigs nach Prag gekommen sein könnte. — Aus der großen Zahl der bisher von der Literaturwissenschaft vernachlässigten Prosaschriftsteller des Spätmittelalters behandelt Jos. Werlin den Prager Magister Heinrich von St. Gallen, der zur Zeit Karls IV. einen in den unteren Volksschichten weit verbreiteten deutschen Passionstraktat schrieb. Der Traktat, der mehrere Vorlagen hatte, wurde selbst wieder Quelle für geistliche Schriften und Spiele, so u. a. für das Egerer Fronleichnamsspiel und die Brixener Passion. — Erich Bachmann stellt in seinem kunstgeschichtlichen Vortrag über die Bethlehemskapelle in Prag, die Predigtkirche des Mag. Hus, fest: „Der Bau steht nicht nur außerhalb der Tradition des hochkirchlichen Sakralbaues, er wirkt in seiner Formlosigkeit wie ein Protest, und zu diesem Zweck ist er ja auch gestiftet und errichtet worden“. — Von den literarischen und kulturellen Beiträgen ist vor allem auf die Rede Bruno Brehms „Die unverlierbare Heimat“ hinzuweisen. Friedr. Jenaczeks Untersuchung über Jos. Weinhebers frühe Gedichte gewährt Einblick in die religiöse Entwicklung des Dichters. Die von Staatssekretär Dr. Nahm gehaltene Eröffnungsansprache zum 3. Sudet. Künstlertreffen 1959 enthält Grundlegendes über Kulturpolitik. — Unter den biographischen Beiträgen findet sich ein Nachruf auf den 1959 verstorbenen Prager Weihbischof Dr. Joh. Nep. Remiger von W. Doscocil. A. H.

Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen, Kommission für Volkskunde der Heimatvertriebenen im Verband der Vereine für Volkskunde herausgegeben von Alfons Perlick. Band 5/1959/60. Otto Müller Verlag, Freilassing-Salzburg, 1960, 311 Seiten.

Wie die vorausgegangenen, so bringt auch der vorliegende fünfte Band des Jahrbuches mit einer Einteilung des Stoffes in drei Teile (Forschungsberichte, Arbeitsberichte der volkskundlichen Forschungsstellen, Bibliographie) wieder einen lebendigen Querschnitt aus der volkskundlichen Vertriebenenforschung. Wir möchten daher auch diesen Band als einen weiteren Baustein zu einer sich mehr und mehr abrundenden Volkskunde der Vertriebenen bezeichnen. Neben Beiträgen von allgemeinen und grundsätzlichen Aussagen (Barbara Pischel: Zur volkstümlichen Metaphysik deutscher Heimatvertriebener; Markus Braun: Die neue Siedlung und ihre Bewohner) enthält

der fünfte Band wieder eine Reihe von Berichten über spezifisches Brauchtum und Entwicklung einzelner Volksgruppen.

Ein besonderes Interesse verdient der Beitrag von Barbara Pischel. Die Verfasserin geht davon aus, daß die Vorstellung von einer einseitigen Beeinflussung geistiger Strukturen durch die sozialen Gegebenheiten und Wandlungen unzulänglich ist und auch eine Wechselwirkung in der entgegengesetzten Richtung besteht. Solche gestaltenden geistigen Kräfte, die bei den Vertriebenen wirksam sind, sollen nun einsichtig gemacht werden. Dies ist ohne Zweifel ein sehr bedeutsames, aber von der Sache her auch ein äußerst schwieriges Unterfangen. Es ist ein unbestreitbares Verdienst der Verfasserin, daß sie diese Frage aufgegriffen und mit zahlreichen Beobachtungen und Daten veranschaulicht hat, wenn wir auch gegen einige Darstellungen und Interpretationen Bedenken anmelden möchten. Die Verfasserin sagt eingangs: „Das bewußte Zeiterleben Heimatvertriebener findet seinen Niederschlag in ihrer volkstümlichen Metaphysik, die aus Liedern, Sagen, Prophezeiungen und Hoffnungen, die gemeinschaftlich gepflegt werden oder eine Wirkung auf eine Gemeinschaftsbildung hin haben, abgelesen werden soll“. Die im folgenden angeführten Beispiele — wie die sehr allgemeinen und ziemlich überall im deutschen Sprachraum gebräuchlichen Redewendungen mit Bezug auf die Lenkung oder Strafen Gottes, aber auch die angeführten Erscheinungen und „Wunder“, wie etwa die Partisanenkrankheit — lassen sich allerdings u. E. nicht ohne weiteres der metaphysischen Sphäre zurechnen. Wir neigen mehr dazu, manche der zitierten Redewendungen als ganz realen Ausdruck einer Vorstellung von verdienter Strafe oder Sühne zu bewerten, wobei solche Vorstellungen wohl überwiegend im reinen Rechtsempfinden wurzeln und auch ohne metaphysischen Bezug lebendig sein können. Auch zu den als Zeichen in der Natur genannten Erscheinungen läßt sich sagen, daß sie vielleicht weniger als Komponenten einer spezifischen Metaphysik der Vertriebenen denn als Transponierung der Befriedigung eines verletzten Rechtes in das Irrationale zu werten sind. Fraglich bleibt auch, ob die Erfahrung solcher Erscheinungen tatsächlich generell Ausdrücke eines metaphysisch relevanten Glaubens sind und ob sie in soziologischer Hinsicht wirklich wirksam werden, wie die Verfasserin ausführt.

Wenn wir sowohl die theologische als auch die soziologische Signifikanz der von der Verfasserin angeführten Beispiele zum Teil anders werten möchten, so soll aber doch auch nochmals herausgestellt werden, daß wir in dieser Studie einen sehr wertvollen Beitrag zur Volkskunde der Vertriebenen sehen und nur wünschen können, daß diese Fragen weiter erörtert und vertieft werden.

W. Menges

Die Vertriebenen in Westdeutschland, ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Hrsg. von Eugen Lemberg und Friedrich Edding. Verlag Ferd. Hirt in Kiel. Drei Bände: Bd. I 694 S., Bd. II 557 S., Bd. III 684 S. Zusammen 48,— DM.

Dieses Standardwerk zur Frage der Vertreibung der 15 Millionen Deutschen aus Ostmitteleuropa ist eine der beachtenswertesten wissenschaftlichen Ausarbeitungen, die wir zur geschichtlichen Aufhellung dieser im Anschluß an den 2. Weltkrieg erfolgten Katastrophe besitzen. Dieses dreibändige Werk ist nicht allein mit bloßem statistischem Material gefüllt, es ist keine materielle Bestandsaufnahme, es ist vielmehr die wissenschaftlich-kritische, historische und soziologische Durchdringung dieser neuzeitlichen Völkerwanderung. Die Austreibung der deutschen Volksgruppen aus Ostmitteleuropa hat sich nicht, wie etwa geplant, zur Verelendung der deutschen Landesteile, sondern eher zur wirtschaftlichen Strukturveränderung und Hebung sowie zur Bildung neuer Gesellschaften und Siedlungsformen ausgewirkt. Dank der Selbsthilfe und Initiative der Vertriebenen und der Hilfsorganisationen der kirchlichen und privaten Wohlfahrtsorganisationen und der später einsetzenden staatlichen Gesetzgebung hat eine zunächst vorherrschende, kaum jemals dagewesene Verelendung von Millionen zum Aufbau Westdeutschlands erheblich beigetragen. Aber nicht nur bei den Vertriebenen vollzog sich ein soziologischer Umbildungsprozeß, auch in der einheimischen Bevölkerung erfolgte durch den Zustrom der ostmitteleutschen Bevölkerung ein innerer Wandel im Denken und in sozialer, wirtschaftlicher und sogar in politischer Hinsicht. Unter der Leitung der beiden Herausgeber, zweier hervorragender Soziologen der Frankfurter Hochschule, versucht eine Reihe von Fachleuten und Professoren den Fragen des gesellschaftlichen Umschichtungsprozesses in Deutschland nachzugehen und in wissenschaftlichen Einzelarbeiten darzustellen. Jeder Beitrag bildet eine für sich selbstständig bestehende Arbeit und doch verbindet alle Teile das durchgehende Problem, so daß das Werk zum einheitlichen Ganzen wird.

Im 1. Band beschäftigen sich die Mitarbeiter mit den Voraussetzungen und Zusammenhängen des deutschen Vertriebenenproblems. Als erster erhebt Eugen Lemberg „Zur Vorgeschichte, das Nationalitätenproblem“, die Ursachen der Vertreibung. Das Streben der Polen, Tschechen, Magyaren nach homogenen Nationalstaaten, indem diese Völker neuzeitliche staatliche Formen in das Mittelalter zurückprojizierten, begründete deren politische Maßnahmen nach 1945. Dieses Vorgehen beruhte aber auf einer total unhistorischen Grundlage. Die ostdeutsche Kolonisation des Mittelalters war keineswegs eine gelenkte nationale Expansion sondern ein friedlicher Vor-

gang. Erst der um 1800 einsetzende Prozeß des nationalen Erwachens bei den Völkern Ostmitteleuropas, die Ausbildung einer eigenen Nationalsprache stützte die Denkweise, daß zwei oder mehrere anders sprechende Bevölkerungen in einem Staat nicht zusammenleben könnten. — Gotthold Rhode untersucht die „Phasen und Formen der Massenzwangswanderung in Europa“, die von 1912 bis 1945 geschahen, wobei Menschen aus Furcht und Unfreiheit oder wegen des zu erwartenden Zwangs ihre Geburtsheimat verlassen mußten. Die Entwicklungsstufen dieser europäischen Zwangswanderung waren die politische Emigration, die Vertreibung der andersnationalen Staatsbürger, wie sie vor allem schon zwischen 1918 und 1923 in den ehemaligen österreichischen Ländern und am Balkan sich anbahnte, die erzwungene Auswanderung der Juden aus Deutschland nach 1933 und schließlich die Zwangsverpflanzungen, eine seit dem 13. Jahrhundert im Abendland nicht mehr in Erscheinung tretende Freiheitsberaubung ganzer Bevölkerungsteile, die Umsiedlung im 2. Weltkrieg und die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. — Herbert Schlenger sieht das deutsche Flüchtlingsproblem im Rahmen des „Weltflüchtlingsproblems“. — In einer umfangreichen Arbeit behandelt Werner Nellner die „Grundlagen und Hauptergebnisse der Statistik“. An Hand von Karten werden die Ermittlungen erläutert. Während die beiden Herausgeber das Phänomen „Eingliederung und Gesellschaftswandel“, das Einschmelzen einer neuen Bevölkerung in die alte ansässige und die dadurch veränderte gesellschaftliche Struktur beleuchten, sieht Heinrich Rogge die „Vertreibung und Eingliederung im Spiegel des Rechts“ und analysiert das sogenannte Flüchtlingsrecht, die Eingliederung als Rechtsvorgang vor allem durch die Gesetzgebung und das Recht auf die Heimat. Mehrere Autoren schildern die „Werke der Nächstenliebe“ an den Vertriebenen, das Wirken der Wohlfahrtsverbände, die „Einstellung und Aufgaben der Flüchtlingsverwaltung“ und „Aufnahme und Unterbringung“ in den verschiedenen Besatzungszonen bis zur Umsiedlung innerhalb der Bundesrepublik. Aufschlußreich ist der Beitrag von Egon Lendl über den „Wandel der Kulturlandschaft“. Die Zuwanderung der Vertriebenen hat eine Umformung der Kulturlandschaft bewirkt, wie sie bisher in der Geschichte kein Vorbild findet. Die bäuerliche Kulturlandschaft Westdeutschlands wurde durch den Ausbau von Nebenerwerbssiedlungen umgestaltet, neue Industriesiedlungen und Städteanlagen, bäuerliches Siedelland aus Großgrundbesitz, Umbauten aus Munitionslagern und eigene Siedlungen im Anschluß an alte städtische und dörfliche Anlagen entstanden. Max Hildebert Boehm gibt Aufschluß über „Gruppenbildung und Organisationswesen“. Um den Vertriebenen die Wiedereinwurzlung, das Hineinwachsen in den

neuen Sozialbereich zu erleichtern, haben zuerst die Kirchen, später die politischen Parteien und die Vertriebenen selbst Interessenverbände und die Landsmannschaften gebildet. Alfred Karasek-Langer setzte sich mit seinem Beitrag „Volkstum im Umbruch“ mit dem 1945 beginnenden Umbruch der Volkskunde auseinander. Die Vertriebenen hatten in der alten Heimat oftmals alte Lebensformen und ehrwürdiges Volksgut bewahrt. Mit der Vertreibung gingen zudem alle typischen Bauwerke und äußeren Lebensformen verloren. Nun besteht auch die Gefahr, daß alle Lebensformen wie Tracht, Mundart und Sitten auf der folkloristischen Verlustliste gebucht werden müssen. Hier ergeben sich für die Volksforschung neue Aufgaben.

Während sich der 1. Band mit der Eingliederung und den Strukturwandlungen innerhalb der Gesellschaft beschäftigte, ist die Blickrichtung des 2. Bandes auf das Gebiet der Wirtschaft und die materiellen Grundlagen für den Aufbau der Vertriebenenexistenz gerichtet. Die wichtigsten Beiträge seien auch hier herausgegriffen. So der von H. H. Herlemann über „Vertriebene Bauern im Strukturwandel der Landwirtschaft“. — Die Eingliederung der von ihrem Hof verjagten bäuerlichen Bevölkerung war wohl am schwierigsten und ihr Gelingen war daher erst von verschiedenen gesetzlichen Regelungen und von einer weit-sichtigen Wirtschaftspolitik abhängig. Die Zeit hat inzwischen gelehrt, daß die vertriebenen Bauern mit ihrer Berufserfahrung eine wichtige Komponente in der westdeutschen Agrarpolitik wurden und wesentlich zur Leistungssteigerung beitrugen. Wirtschaftlichen Aufschwung erbrachte ferner das Handwerk und die industriellen Betriebe der Vertriebenen. So befaßt sich Rudolf Seyffert mit der Eingliederung der „Vertriebenenbetriebe im westdeutschen Handel“ und Erich Dittrich mit der „Verlagerung in der Industrie“ wobei nach einem Rückblick auf die industriellen Verhältnisse der ehemaligen deutschen Ostgebiete der Aufbau der Flüchtlingsindustrie dank der Unternehmerinitiative der Vertriebenen in den einzelnen westdeutschen Ländern gezeigt wird. Armin Spitaler behandelt das „Problem des Lastenausgleichs“ und Willi Albers „Die Eingliederung in volkswirtschaftlicher Sicht“.

Der 3. Band setzt sich zum Ziel, das Geistesleben der Vertriebenen in seinen verschiedensten Äußerungen in der Gesellschaft zu untersuchen. Nach einer einleitenden Studie über „Wandel und Auflösung der Konfessionszonen“ von Walter Menges erörtern Friedrich Spiegel-Schmidt und Adolf Kindermann die religiösen Wandlungen und Probleme im evangelischen und katholischen Bereich. Spiegel-Schmidt schildert die Verpflanzung der verschiedenen evangelischen Kirchen des Ostens mit ihren eigenen Prägungen in das

mit oftmals gänzlich andersartigen Gottesdienstordnungen ausgestattete Kirchentum des Westens. So wurde nicht nur die zugewanderte, sondern auch die aufnehmende Kirche innerlich verändert. Adolf Kindermann gibt ein anschauliches Bild von der katholischen Kirche, der Hilfe der westdeutschen Katholiken und der religiösen Auswirkung der Vertreibung und der religiösen Problematik. „Kulturpflege und Kulturpolitik“ und „Versuche der literarischen Bewältigung“ sind Themen, die Karl H. Gehrman durchleuchtete. Max Hildebert Boehm versucht in seiner Übersicht über „Verluste und neue Ansätze der Wissenschaft“ die Not der ausgewiesenen Hochschullehrer zu schildern und andererseits die Anstrengungen der ostdeutschen Wissenschaft aufzuzeigen, im Westen wieder Forschungsaufgaben zu übernehmen. Lutz Mackensen bringt eine Bestandsaufnahme über „Die deutsche Sprache in und nach der Vertreibung“ mit einigen kurzen Charakteristiken der ostdeutschen Mundarten, deren Existenz jetzt äußerst bedroht ist. Über „Bildende Kunst, Kunsthandwerk, Architektur“ der heimatvertriebenen Künstler schreibt Ernst Schremmer und über „Musik und Musikalität“ Heinrich Simbriger. Und Karl O. Kurth behandelt die publizistischen Mittel „Presse, Film und Rundfunk“ und die Beurteilung der Flüchtlingsfrage „In der Sicht des Auslandes“. Aus den zahlreichen hier niedergelegten Berichten zur ostdeutschen Wissenschaft resultiert der Beitrag von Eugen Lemberg über „Das Bildungswesen vor neuen Aufgaben“ in dem wiederum die Abschnitte über die Ostkunde in Westdeutschland und die Lage der deutschen Ostforschung Beachtung verdienen. Diese Beiträge, in denen Eugen Lemberg die politische Programmatik, die Wandlung des Heimatbegriffes und des Geschichtsbewußtseins der Vertriebenen, die völkerpsychologische Auslegung des Flüchtlingsproblems, die internationale Einordnung bzw. Assimilation und die Soziologie der sogenannten Randgruppen, als welche die deutschen Vertriebenen anzusprechen sind, erörtert, beschließen das Werk, das einem der großen Weltprobleme der Jetztzeit gewidmet ist. Mit Dank wird die am Ende von Gertrud Krallert erarbeitete Bibliographie zum Vertriebenenproblem begrüßt.

Josef Hemmerle

Anton Ernstberger, **Johann Georg von Schill, 1736—1822**. Der Vater des Freiheitskämpfers Ferdinand von Schill. Vom Egerländer Häuslersohn zum Reichsadeligen. Mit 2 Ahnentafeln, 1 Karte, 13 Abbildungen X, 189 Seiten, Ganzleinen, 16,80 DM.

Wie bereits im Titel angedeutet, zeichnet Professor A. Ernstberger nicht die Lebensschicksale des berühmten Freikorpskämpfers von 1809, sondern die dessen Vaters. Johann Georg Schill war ein Häuslersohn aus dem Egerland, geboren in dem Dorfe Kokaschitz bei Neumarkt, der als Volontär in der Reichsarmee im 7jährigen Krieg diente, als Husar und Freischarführer seine ersten militärischen Sporen verdiente. Er, der Nichtadelige, der Häuslersohn, brachte es in der Armee des sächsischen Kurprinzen Franz Xaver zum Offizier, führte hier seine Schillschen Jäger und Husaren und beendete 1763 den Krieg als Rittmeister. Der Reichsadel wurde ihm verliehen. Das spätere Geschick verschlug den Freikorpsführer nach Polen. Graf Oginski, Oberfeldherr des Großfürstentums Litauen, suchte tüchtige Offiziere und Schill stellte für ihn ein Freikorps auf. Doch die erste polnische Teilung 1772 zerstörte Schills Pläne. Als Oberstleutnant bewarb er sich 1779 um ein preußisches Patent und trat in die Dienste Friedrich II. Aber das Wohlwollen des Preußenkönigs wurde dem Landfremden nach dessen Tode zum Verhängnis, er wurde pensioniert. Und selbst in den Schicksalsjahren 1806 und 1809 wurde sein Anerbieten, an der Spitze eines Freikorps gegen Napoleon zu kämpfen, abgelehnt. Nach dem Heldentode seines Sohnes ging er nach Österreich, wo er 1822 zu Teschen starb. Dieses Buch schildert einen wahrhaft außerordentlichen Mann, sein Leben gleicht einer Heldenlegende mit starken Licht- und Schattenseiten. Und wie eine Legende, ein Roman liest sich diese Biographie. Um so mehr staunt man freilich, wenn man die Anmerkungen studiert. Jeder wichtige Markstein im Leben dieses Helden ist belegt, eine große Reihe von Archiven haben dazu ihre Beiträge geliefert. Der Autor verstand es freilich auch wie kein zweiter, diese Gestalt, das Auf und Ab seines Lebens in fesselnder Form darzustellen. Auch der Verlag scheute keine Mühe, dem Inhalt eine schöne äußere Form zu geben.

Josef Hemmerle

Erscheint vierteljährlich — Einzelpreis 0,90 DM — Herausgeber: Priesterreferat, (16) Königstein/Ts — Schriftleitung: Dr. Augustin K. Huber, O.Praem., Königstein/Ts. — Pallottiner Druckerei Limburg a. d. L.